

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 43. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2008

SVP und Blocher betrügen ihr Stimmvolk

SVP-Spagat zwischen Nationalismus und Kapitalismus am Scheitern



Ueli Brasser,
Gemeinderat,
SD-Zentral-
präsident,
Zürich

Es dürfte bei manchen «Blocher-Fans» hart eingefahren sein, als dieser erklärte, die SVP werde das Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit nicht unterstützen.

Viele Leute fühlen sich nun von Blocher und der SVP hintergangen. Weil das böse Parlament zwei Vorlagen in eine verpackt habe, könne man kein Referendum machen. Eigentlich wollten die SVP-Bosse nur ein Referendum gegen die Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien. Das Referendum gegen die gesamten Verträge wollten sie gar nicht. Im Gegenteil – aber das sagen die

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

SVP-Leute natürlich nicht offen – sie sind im Grundsatz für die Bilateralen Ausverkaufs-Verträge mit der EU. Es störte sie nur und einzig allein die Zuwanderung von Zigeunern aus dem Osten. Das ist alles. Noch 2005 hat die SVP an unserer Seite gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf 10 neue Ost-EU-Länder gekämpft. Das ist jetzt alles vergessen und vorbei, das Gegenteil gilt jetzt für

die SVP-Windfahnen. Herr Blocher – der sich immer auf das Volk und die Volkssouveränität bezieht – sprach nun gar davon, dass man eine Volksabstimmung boykottieren müsse! Pfu! Und er redete von einem Schein-Referendum. Die SD, die Lega, die EDU, die FPS und junge Konservative haben nun gleichwohl das Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit lanciert. Und das ist auch recht so! Unseren Gegnern – auch Blocher – gehört eine Klatsche aufs grosse Maul.

Die SVP ist eine Scheinpartei

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die SVP gegen aussen nationalkonservativ und heimatreu gibt, dies aber eigentlich ganz und gar nicht ist. Mit dieser Masche versuchten sie in den letzten Jahren erfolgreich einen Teil unseres Wählersegments und auch dasjenige von andern Parteien teilweise abzuschöpfen. Dies gelang nur, weil erstens all die Leute des Grosskapitals, die in der SVP vereint sind, das dazu notwendige Geld für riesige Werbekampagnen zur Verfügung gestellt haben und weil diese zweitens – um des Erfolges Willen – bereit waren, über ihren politischen Schatten zu springen. Die tonangebenden SVP-Geldgeber sind Grossindustrielle, die ihr Geld vor allem mit fremden Arbeitskräften – mit Ausländern – scheffeln. Notabene mit Arbeitskräften, bei denen sie am Lohn sparen können! Zwangsläufig haben diese Leute andere Interessen als national oder konservativ denkende Menschen, die nicht zuerst an die Wirtschaft denken, sondern zuallererst an die Liebe zu ihrer Heimat, an den Erhalt ihrer Heimat! Man kann darum mit Fug und Recht behaupten, dass sich die SVP ihre Wahlsiege eigentlich erkaufte – und mit Wählerbetrug ergattert hat. Nun bröckelt diese Fassade langsam aber sicher. Es zeigt sich, dass der politische Spa-

Ihre Unterschrift fehlt!

Bis am 2. Oktober 2008 haben wir noch Zeit, die nötigen 50 000 beglaubigten Unterschriften gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sowie gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien zu sammeln. Dabei sind wir ganz dringend auf Ihre Mithilfe angewiesen. Nur wenn sämtliche Empfängerinnen und Empfänger unserer Monatszeitung «Schweizer Demokrat» unterschreiben und zusätzlich noch einige Personen im persönlichen Umfeld mitunterzeichnen lassen, kommt das wichtige Referendum auch zustande. Jede Unterschrift zählt jetzt!

Spendenaufruf

Da bekanntlich die SVP und die AUNS abseits stehen, kostet unser harter Kampf gegen die EU-Personenfreizügigkeit sehr viel Geld. Deshalb müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Jede Spende – ob gross oder klein – ist herzlich willkommen und hilft uns mit etwas weniger finanziellen Sorgen unsere wichtigen Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Mit bestem Dank und eidgenössischen Grüssen

Ueli Brasser

Gemeinderat

SD-Zentralpräsident

Markus Borner

e. Grossrat

SD-Zentralvizepräsident

Bernhard Hess

e. Nationalrat

SD-Geschäftsführer

gat, wobei sie versuchen Kapitalismus mit Nationalismus zu verbinden, auf Dauer nicht funktionieren kann, da das politische Spektrum dazwischen viel zu breit ist.

SVP entscheidet sich für Kapitalismus

Dass es die SVP in den letzten Jahren dank ihren Millionen geschafft hat, die Leute propagandistisch hinteres Licht zu führen und sich ein patriotisches Mäntelchen umzuhängen, das sie gar nicht hat, zeigt sich bei den folgenden Themen:

- Seit 1970 hat die SVP alle Volks-initiativen gegen die Einwanderung abgelehnt.
- Nein sagte die SVP auch zur 1.-August-Initiative der SD, weil der Arbeitsausfall an diesem Tag angeblich der Volkswirtschaft schaden würde.
- Angenommen hat die SVP das Anti-Rassismugesetz – wir lehnten dieses im Nationalrat und in der Volksabstimmung ab.

- Die SVP hatte auch eine **Krankenkasseninitiative** eingereicht, die zur Folge gehabt hätte, dass im Gesundheitsbereich vermehrt gespart werden müsste, was bedeutet hätte, dass vor allem Leute mit kleineren Einkommen nicht mehr alle Gesundheitsleistungen bezahlt bekommen hätte.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Kosten der Einwanderung
- 4 BS: Jetzt alle an die Urnen!
- 6 1.-August-Feier 2008
- 8 Marktplatz
- 9 Der Wahrheit die Ehre geben!
- 10 Oh ihr Heuchler!
- 11 Der Leser hat das Wort
- 16 Unterschriftenbogen

SVP und Blocher betrügen...

Fortsetzung von Seite 1

• Mehrfach hat die SVP – im Gegensatz zu den SD – erklärt, dass man eine **Erhöhung des AHV-Alters** anstreben müsse. Klar, je mehr Ausländer man ins Land holt, umso höher werden die AHV- und IV-Ausgaben. Da aber die SVP die Einwanderung nie begrenzen wollte – siehe oben – sind sie auch bereit, diese AHV-Kröte zu schlucken.

Weitere SVP-Nagelprobe: Ausverkauf der Heimat

Auch den Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften an Ausländer will die SVP nicht bremsen. Die SVP hat sich in der Vernehmlassung dafür ausgesprochen, die Lex Koller ganz aufzuheben. Nicht einmal flankierende Massnahmen zum Schutze unseres Heimatbodens vor weiterer Überbauung und Zersiedelung in den Bergregionen wollte die SVP. Es ist klar, dass diese Partei damit **Rücksicht nimmt auf die Baulobby und auf die Spekulantenlobby, die – auch wieder mit Fremdarbeitern – auf dem Buckel unsers Volkes das grosse Geld machen und weiterhin machen wollen.** Folge von dieser SVP-Politik ist die,

- dass sich bei uns immer mehr Ausländer etablieren, welche erst noch mit Steuerprivilegien belohnt werden,
- dass die Mieten für Einheimische ins Unermessliche steigen,
- dass wir in unseren Bergregionen immer mehr Geisterstädte haben, die nur noch kurzzeitig bewohnt werden,
- dass unsere schöne Landschaft – das Kapital für unseren Tourismus – immer mehr kaputt gebaut wird,
- dass aber vor allem die Einheimischen die Infrastrukturen zu bezahlen haben.

Wir müssen als SD auch in dieser Frage bereit stehen und in der Lage sein, das Referendum gegen die Abschaffung der Lex Koller zu ergreifen. Unsere Mitstreiter werden sodann wohl andere Leute sein: z.B. der grosse Kämpfer und heimatverbundene Umweltschützer Franz Weber.

SVP gegen automatischen Teuerungsanpassung

Die Teuerung steigt und steigt, unsere Krankenkassenprämien steigen von Jahr zu Jahr an; Benzin und Heizöl werden teurer, usw. Auch hier zeigt sich die **asoziale Politik der SVP. Sie ist gegen den automatischen Teuerungsanpassung für alle. Vorrang hat das**

Bonus-Leistungsprinzip, bei dem nicht alle Leute das ausgeglichen bekommen, was sie an Teuerungswert verloren haben. So kommt es, dass immer mehr Menschen in unserem Lande weniger in ihrer Lohntüte haben und einige wenige mehr – viel viel mehr «verdienen». Die drei Gemeinderäte in der Stadt Zürich haben es fertiggebracht, dass die städtischen Arbeitnehmer den automatischen Teuerungsanpassung gesetzlich – ohne Wenn und Aber – erhalten. **Wir Schweizer Demokraten fordern die Wiedereinführung des vollen automatischen Teuerungsanpassung.** Das haben wir alle dank unserer Arbeit zugut. Aber wundern dürfen wir uns nicht, nehmen doch immer wieder SVP-Politikerinnen und Politiker in Verwaltungsräten grosser Firmen Einsitz. Stellvertretend seien nur Nationalrätin Brigitta Gadiant (neu BDP) in der CS oder Nationalrat Peter Spuhler in der UBS erwähnt (sie wurden dort jetzt wenigstens vor die Tür gestellt!). Es gibt aber auch den Nationalrat und Fuhrhalter Ulrich Giezendanner oder den ehemaligen Nationalrat und Autoimporteur Walter Frey. **Die wollen Geschäfte machen! Sie machen diese mit immer mehr Leuten, also immer mehr Fremdarbeitern.** Und der automatische Teuerungsanpassung wird politisch in Frage gestellt, auch wenn ihre Geschäfte gut laufen. Deshalb fordern wir Schweizer Demokraten im Gegensatz zur SVP, dass Leute mit kleinem und mittlerem Portemonnaie-Inhalt wenigstens an Lohn erhalten sollen, sodass sie keinen Reallohnverlust mehr hinnehmen müssen.

EU-Personenfreizügigkeit: Unterschriften sammeln

Zum Trotz und aus Überzeugung erst recht: **Jetzt gilt es für uns alle, Unterschriften zu sammeln gegen die EU-Personenfreizügigkeit!** Denen wollen wir es zeigen. Natürlich nicht nur der SVP, auch allen andern Regierungsparteien. Es ist unsere Pflicht, dies zu tun. Wir stemmen uns damit gegen mehr Lohndruck wegen der EU-Einwanderung, gegen falsche Sparmassnahmen bei unseren Sozialwerken (AHV, IV, Kinderzulagen usw.). Wir kämpfen gegen die importierte Arbeitslosigkeit und auch die EU-Erpressung! Behalten wir als freie Schweizerinnen und Schweizer das Heft selbst in der Hand!

Und die SVP – die ist eigentlich – aus nationaler Sicht gesehen – eine unnütze Partei, eine Falschspielerpartei und eine Partei, die es demzufolge nicht mehr zu wählen gilt.



Am 1. 1. 2007 sind Rumänien (25 Millionen Einwohner, davon 5 Millionen Zigeuner) und Bulgarien (10 Millionen Einwohner, davon 1 Million Zigeuner) der Europäischen Union beigetreten.

Jetzt herrscht Freizügigkeit und viele hunderttausende Zigeuner werden nach Mitteleuropa strömen. Werden sich Szenen wie oben gezeigte und weit schlimmere bei uns abspielen?
Unser Bild: Zigeuner mit einem geplagten und geschundenen Tanzbären in der bulgarischen Hauptstadt Sofia.



Anderswo gelesen

Die Natur lässt sich nicht belügen
(Wirtschaftliche Interessen und Ökologie, TA-Leserbriefe vom 11.8.08)

Mit ihrer Forderung auf ein Moratorium für die Erschliessung von neuem Bauland rennt die Landschaftsinitiative «Raum für Mensch und Natur» bei der Bevölkerung wohl offene Türen ein. Wer will schon dafür sein, den letzten Quadratmeter unseres schönen Landes verbauen zu lassen. Umso mehr als wir keine zweite Schweiz im Hosensack haben, wie die Initianten (Initiativkomitee Pro Natura) richtig bemerken.

Nur – wie glaubwürdig sind ihre Forderungen angesichts der Tatsache, dass die gleichen politischen Kreise nach wie vor darauf bestehen, dass unsere kleine, heute schon zu den bevölkerungsreichsten Ländern gehörende Schweiz ein klassisches Einwanderungsland sei. Freilich ist es kein Problem, neuen Wohnraum für immer mehr Einwanderungswillige statt in die Horizontale in die Vertikale zu bauen.

Nur – wer im zweiten bis fünfzigsten Stockwerk wohnt oder höher, braucht trotzdem Strassen und Plätze und den heute bereits über-

lasteten öffentlichen Verkehr in den städtischen Agglomerationen. Und vor allem brauchen mehr Einwohner eine verbesserte Infrastruktur, und sie reklamieren ihren Anteil an den immer knapper werdenden Ressourcen Energie, Wasser und reine Luft.

Wohnraum lässt sich verdichtet übereinanderstapeln – Lebensraum nicht. Etwa wie zwecks Platzgewinn leere Kaffeebecher, die man erst mit Inhalt füllt, wenn sie gebraucht werden. Die Natur lässt sich nicht belügen, und die Natur lässt sich nicht hintergehen! Was der Mensch mit der vertikalen Bauweise gewinnt, kann für Mutter Natur schon bald zum Albtraum werden. Dann nämlich, wenn Hunderttausende Erholungssuchende aus den verdichteten Wohnstätten ausbrechen und sich zur Erholung vom Wohnstress rücksichtslos in die noch verbliebenen Grünflächen ergiesen.

Wer will es ihnen verwehren? Für Tiere ist Käfighaltung schon längst kein Thema mehr. Sollen für «Menschhaltung» andere Richtlinien gelten?

Willy Fasler, Thun, im Tagesanzeiger vom 20. August 2008

Kosten der Einwanderung

Am 28. Mai 2008 erschien im «*Tages-Anzeiger*» ein langer Artikel mit dem Titel «Migration zahlt sich für alle aus». Die Autorin, Manuela Kessler, erklärt darin, wie ausländische Arbeitskräfte sowohl in den Herkunfts- wie in den Aufnahmestaaten zum Wohlstand beitragen: Einerseits können diese Arbeitskräfte das Bruttoinlandprodukt der Aufnahmestaaten um mehrere Prozente in die Höhe treiben, andererseits fallen ihre Heimatüberweisungen in vielen Herkunftsländern mehr ins Gewicht als die Entwicklungshilfe und die ausländischen Investitionen zusammen. Der Artikel enthält zweifellos wahre Elemente, es ist aber sehr zu bedauern, dass Manuela Kessler wichtige Beispiele und Quellen, die ihren Thesen widersprechen, nicht erwähnt.

Um ihre Thesen über die positiven Wirkungen der Arbeitsmigration zu untermauern, stützt sich Manuela Kessler auf Untersuchungen, die belegen sollen, «dass viele Einwanderer in der Regel nicht nur mit anhaltendem Wachstum zusammenfallen, sondern auch direkt zur Mehrung des Wohlstands beitragen». Sie nennt eine ganze Reihe von Beispielen: «In Amerika und in Australien ebenso wie in Europa. Auch heute: Jene Industrieländer mit einer liberalen Einwanderungspolitik wie die USA und Grossbritannien, Schweden und Irland weisen durchschnittlich ein höheres Wachstum aus als solche mit rigiden Beschränkungen des Arbeitsmarkts.» Mehrere dieser Beispiele sind aber problematisch.

USA und Australien

Es mag stimmen, dass die Migration in den USA und in Australien zur Entwicklung und zum Wohlstand beigetragen hat. Um welchen Preis aber?

Für die Urbewohner war die europäische Masseneinwanderung über Jahrhunderte die reinste Katastrophe: die Aborigines und die Indianer wurden durch Vertreibung, Massaker und Krankheiten, gegen die sie nicht immun waren, zu Minderheiten im eigenen Land. Sie leben noch heutzutage weitgehend am Rand der Gesellschaft und leiden unter hoher Arbeitslosigkeit, Alkoholismus usw. Positive Wirtschaftsbilanzen, welche die sich aus der Einwanderung ergebenden Gefahren für das Fortbestehen der Völker nicht einrechnen, sind belanglos.

Grossbritannien

In der im April 2008 veröffentlichten zweibändigen Studie «The Economic Impact of Immigration» kommt der Wirtschaftsausschuss des Oberhauses zum Schluss, dass die Arbeitsmigration der letzten 10 Jahre Grossbritannien unter dem Strich kaum etwas gebracht hat; der Wirtschaftsausschuss geht des Weiteren davon aus, dass sich auch künftig kaum etwas daran ändern wird. Dieser Befund steht im krassen Widerspruch zur Behauptung der britischen Regierung, ausländische Arbeiter tragen jährlich in der Höhe von 6 Milliarden Pfund am Reichtum der Nation bei. Der Wirtschaftsausschuss stellte fest: Die Gesamtwirtschaft mag gewachsen sein, das Bruttoinlandprodukt per Einwohner ist aber nicht gestiegen. Die Bilanz der britischen Einwanderungspolitik verschlechtert sich noch unter Berücksichtigung folgender Fakten: Nimmt die zugewanderte Bevölkerung um 1 Prozent zu, sinken die Löhne der einheimischen Unterschichten um 0,5 Prozent. Die Möglichkeit des Rückgriffs auf billige ausländische Arbeitskräfte schwächt den Innovationswillen der Produzenten; die rasche Zunahme der Gesamtbevölkerung lässt neben dem Druck auf die Umwelt auch die Immobilienpreise unverhältnismässig steigen. Im zweiten Band der Studie erwähnt

Prof. David Coleman (Universität von Oxford) zudem nichtwirtschaftliche Aspekte wie Kriminalität, Sicherheit, Rassenbeziehungen, Gesundheitstourismus und importierte Krankheiten wie Tuberkulose. Aufgrund dieser Befunde empfiehlt der Wirtschaftsausschuss der Regierung, dringend ihre Einwanderungspolitik zu überdenken.

Frankreich

Besonders interessant und vielleicht kennzeichnend ist, dass Manuela Kessler Frankreich nicht erwähnt – ein Land, das zeigt, wie eine Arbeitsmigration aus dem Runder laufen kann. Im März 2008 veröffentlichte der Verein *Contribuables Associés* unter dem Titel «Le coût réel de l'immigration en France» eine ausführliche Studie über die Kosten der Einwanderung für die französischen Steuerzahler. Die Bilanz ist ernüchternd: Die Errechnung der Nutzen und Kosten bringt ein jährliches Staatshaushaltsdefizit von 36 Milliarden Euro ans Licht. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Wandlung der Zusammensetzung der Migrationsströme. Während der so genannten «Trente Glorieuses» (1946–1975) erbrachte die Arbeitsmigration dem Staat Gewinne, denn die von den Einwanderern gezahlten Sozialversicherungsbeiträge deckten damals noch die in Anspruch genommenen Lei-



Mit dem Totschlagargument «Rassismus» soll verhindert werden, dass nicht objektiv über die negativen Folgen der Masseneinwanderung gesprochen werden kann.

stungen. Die Zunahme der Familienzusammenführungen und der Asylgesuche sowie die Verschlimmerung der Ungleichgewichte zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern machten aber nach und nach die Arbeitsmigration zu einer Bevölkerungsmigration. Die steigenden Bedürfnisse der Einwanderer in Sachen Unterkunft, Gesundheit und Bildung führten dazu, dass die Versicherungsbeiträge und die Steuern heute nicht mehr die entsprechenden Staatsausgaben decken. Die Einwanderer sind zu einer finanziellen Belastung geworden – ganz abgesehen von den Integrations- und Kriminalitätsproblemen, die regelmässig für Schlagzeilen sorgen.

Jan Mahmert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor

Ausländer als Gewinnmaximierung

Wer sind diese Reichen und Halbreichen, welche die Schweiz, die Luft, die Umwelt, die Landschaft, die Tierwelt und die Menschen zugrunde richten? Die Hauseigentümer, vertreten durch den Hauseigentümerverband und die Arbeitgeber, vertreten durch den Arbeitgeberverband. Sie haben alles Interesse an einer Gewinnmaximierung, es sollen möglichst viele Ausländer in die Schweiz kommen, je mehr, desto besser! Aus einem ganz einfachen finanziellen, egoistischen Grund: Mehr Ausländer = mehr Arbeitnehmer und Wohnungsmieter, also mehr Konkurrenten die sich um ihre Produkte, «Arbeit» und «Wohnung» streiten (müssen). Und mehr Konkurrenten um Arbeitsplätze und Wohnungen ergibt mehr sozialen Druck auf die Menschen, mehr Versklavung, mehr MACHT über sie, erlaubt Arbeitgebern und Woh-

nungsvermietern in einer monopolhaften Weise Löhne und Mietzinsen in ungerechter und unangebrachter Weise zu bestimmen. Mehr Ausländer erlauben den Reichen auf Kosten der Armen immer reicher zu werden! Und nur darum geht's! Die Ausländer, und zwar immer neue, die aus möglichst grossem Elend kommen, werden gebraucht, um ein Monopol der Arbeitgeber und der Hauseigentümer zu errichten, um die Menschen in der Schweiz, die selbst nicht Hauseigentümer oder Arbeitgeber sind, finanziell zu versklaven, ohne ihnen sichtbare Fesseln anzulegen, um sie gegeneinander auszuspielen und den «freien Markt», den sie sonst so gerne zitieren, auszuschalten und im Arbeits- und Wohnungsmarkt schon im Keim zu ersticken, wenn es um ihre Gewinne als Hauseigentümer und als Arbeitgeber geht. Nicht der

Arbeitnehmer oder der Wohnungsmieter soll die Wahl haben, sondern sie, die Reichen!

Der Kampf gegen diese Interessen der Reichen und Halbreichen ist wahrlich ein Kampf von David gegen Goliath. Das heisst aber nicht, dass David keine Chance hätte. Das wichtigste bei diesem Kampf, bei jedem Kampf ist es, zuallererst einmal den Feind klar zu erkennen. Ist der Feind einmal erkannt – und sind seine Interessen und Methoden einmal allen offen gelegt und bekannt – kann er zumindest nicht mehr aufgrund der Dummheit und Unwissenheit zu leichten und unnötigen Siegen kommen, wie ihm das mit Schwarzenbach leider noch gelungen ist. Schwarzenbach hat in dieser Beziehung gute Vorarbeit geleistet. Aber der Kampf ist noch lange nicht zu Ende.

Mark Schmid, Niederwil

Jetzt alle an die Urnen!

Grossrats- und Regierungsratswahlen in Basel-Stadt

Am 14. September werden die Wahlzettel ausgezählt. Inzwischen haben alle Stimmberechtigten ihr Wahlkuvert erhalten. Wer noch nicht gewählt hat – soll dies bitte jetzt nachholen. Die Schweizer Demokraten wollen wieder in den Grossen Rat einziehen! Wenn alle unsere Mitglieder, Sympathisanten und treuen Wähler den SD/EDU-Wahlzettel ins Wahlkuvert legen

und dieses abschicken oder das Wahlkuvert direkt in die Urne werfen, wird uns der Wiedereinzug ins kantonale Parlament gelingen. Bitte keine parteifremden Kandidaten auf unsere gemeinsame SD/EDU-Liste 9 schreiben. Dies schwächt unsere Stimmkraft, welche bei der Mandatsverteilung entscheidend ist. Und nicht vergessen: Bitten Sie

Ihre Bekannten und Freunde ebenfalls SD/EDU zu wählen! Jetzt gilt's – die Faust im Sack machen – nützt (später) nichts! Bei den Regierungsratswahlen wählen wir unseren Kandidaten **Patrik Cattin** – und nur ihn! Wir unterstützen **keine** fremden Regierungsratskandidaten. Den Wahlzettel mit nur dem Namen Patrik Cattin drauf ins Kuvert stecken!

Bei diesen Wahlen verwenden Sie zwei Wahlzettel: **Für die Grossratswahlen Liste 9 (SD/EDU); für die Regierungsratswahlen den Zettel «Schweizer Demokraten (SD)» mit dem Namen Patrik Cattin!** Bei Unklarheiten oder Fragen zu den Wahlen sind wir Ihnen telefonisch gerne behilflich (061 262 03 04, Markus Borner). Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger



Patrik Cattin

Basel-Stadt benötigt endlich einen volksnahen Regierungsrat, der dem Willen des Volkes Rechnung trägt und diesen auch in die Tat umsetzt.

Als gelernter Elektromonteur war ich schon in jungen Jahren gewohnt, Probleme und schwierige Aufgaben – damals auf der Baustelle – rasch und pragmatisch anzugehen. Mein Durchsetzungsvermögen eignete ich mir u.a. als Unteroffizier in Extremsituationen im Militärdienst an.

Meine Teamfähigkeit und Sozialkompetenz stelle ich heute jeden Tag als Hörgeräteakustiker unter Beweis, indem ich Menschen wieder zu einem besseren Gehör verhelfen darf. Hören und Gehörtwerden sind Begriffe, mit denen ich mich täglich im Berufsalltag auseinandersetze. Auch in der Politik ist es wichtig zuzuhören, um zu erfahren, was die Bevölkerung beschäftigt, damit ich realisieren kann, wo die Leute der Schuh drückt.

Als Grossrat habe ich während fünf Jahren erfassen können, welche Aufgaben Regierungsrätinnen und Regierungsräte zu lösen haben. Ich bin mir also bewusst, welch spannende und fordernde Arbeit auf mich zukommt! Ich bin auch überzeugt, diese Herausforderung – gerade deshalb bewältigen zu können – weil ich glücklicher Familienvater bin.

Es würde mich sehr freuen, geschätzte Wählerinnen und Wähler, auf Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung zählen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüssen

Patrik Cattin

Auf den drei Listen mit der Nummer 9 der Schweizer Demokraten (SD), Partei für Ausländerstopp! und der Eidgenössisch-Demokratischen Union Basel-Stadt (EDU) stellen sich 43 Kandidierende zur Wahl...

Im Wahlkreis Kleinbasel kandidieren:

09.01 Patrik Cattin, 1975, auch Regierungsratskandidat, e. Grossrat, Hörgeräteakustiker m. FA; 09.02 Markus Borner, 1955, e. Gross- und Verfassungsrat, Geschäftsleiter / Hörgeräteakustiker m. FA; 09.03 Verena Deck, 1973, Bereiterin m. FA; 09.04 Fritz Forrer, 1950, e. Buchhändler; 09.05 Heidi Recher, 1941, pens. Postangestellte, EDU; 09.06 Christian Helfer, 1963, kaufm. Angestell-

ter/Pflegemitarbeiter, parteilos; 09.07 Michael Böhme, 1940, pens. kaufm. Angestellter, EDU; 09.08 Alina Egi, 1977, lic. rer. pol, Mutter, Database Managerin, parteilos; 09.09 Jean-Aloys von Orelli, 1941, pens. dipl. Chem. HTL, EDU; 09.10 Patrick Sägeser, 1978, Barkeeper/ Koch, SD; 09.11 Rosemarie Stückelberger, 1936, pens. Lehrerin, EDU; 09.12 Theo Häusermann, 1927, pens. Gymnasiallehrer, Publizist, SD; 09.13 Gregor Probst, 1972, Klavierbauer, EDU; 09.14 Peter

Tschanz, 1956, Restaurator/Kunstmaler, parteilos; 09.15 Verena Schorro, 1938, pens. Verwaltungsassistentin, SD; 09.16 Walter Brodtbeck, 1947, Chauffeur BVB/Musiker, parteilos; 09.17 Bernhard Hofer, 1962, Mitarbeiter in der ESB Liestal, parteilos; 09.18 Béatrice Widmer-Kessler, 1935, pens. Service-Angestellte, SD; 09.19 Arthur Graf, 1937, pens. Schlossermeister, parteilos; 09.20 Paul Tschudin, 1927, pens. Laborant, parteilos; 09.21 Oskar Wolf,

1926, pens. Securitas-Wächter, SD; 09.22 Edith Schmuckli, 1937, pens. kaufm. Angestellte, parteilos.

Im Wahlkreis Grossbasel-West kandidieren:

09.01 Lukas Michel, 1981, Theologe, EDU; 09.02 Roland Herzig-Berg, 1968, e. Grossrat, Finanzplaner, EDU; 09.03 Robert E. Tanner, 1937, pens. Religionslehrer, EDU;

Warum Schweizer Demokraten wählen? ...weil wir die Probleme beim Namen nennen!

Vier von insgesamt 22 Kandidierenden (siehe SD/EDU-Wahlliste 9) im Wahlkreis Kleinbasel



PATRIK CATTIN, 1975
auch Regierungsratskandidat
e. Grossrat SD, 2 Kinder
Hörgeräteakustiker m. FA



MARKUS BORNER, 1955
Präsident SD-BS, e. Gross-
und Verfassungsrat
Hörgeräteakustiker m. FA



VERENA DECK, 1973
Vorstand SD-BS
Bereiterin m. FA
Mutter und Hausfrau



FRITZ FORRER, 1950
e. Präs. Anwohner-Komitee
pro Matthias-Klybeck
pens. Buchhändler

Geschätzte Wählerinnen und Wähler

Der Regierungsrat schiebt gewisse Dinge seit Jahren auf die lange Bank und nimmt die Anliegen der Bevölkerung und des kantonalen Parlamentes nicht (mehr) ernst!

Hier ein Beispiel aus dem Grossen Rat: 10.06.03; Anzug (Vorstoss) Patrik Cattin betreffend Einführung eines **Einheimischen-Ausweises "Bebbi-Pass"**

Der Kanton Basel-Stadt erbringt sehr viele Leistungen, die nicht nur der Stadtbevölkerung zugute kommen, sondern auch den Einwohnern der umliegenden Kantone, sowie im nahen Ausland. Dies bedeutet eine grosse finanzielle Belastung für unser Gemeinwesen. In Anbetracht der sinkenden Bevölkerungszahl in der Stadt und der stetig anwachsenden Agglomeration wird die Situation noch verschärft. So betreibt der Kanton ein Stadttheater, in welchem nicht einmal die Hälfte der Besucher aus dem eigenen Kanton stammt. Des weitern finanziert und subventioniert die Stadt unzählige Sportanlagen, die BVB, diverse Kulturangebote, Kontakt- Anlaufstellen und vieles mehr. Die angrenzenden Kantone beteiligen sich an der finanziellen Last leider oft nur zu einem Teil oder gar nicht.

Viele Orte und Regionen der Schweiz, wie Davos, Visp, Zermatt oder Grindelwald, kennen einen sogenannten Einheimischen-Ausweis. Damit können diverse Angebote (wie Skifahren, Hallenbad, Kunsteisbahn, Bergbahnen, u.s.w.) zu verbilligten Preisen genutzt werden. Dieses Modell könnte das Wohnen in unserem Kanton wieder attraktiver machen und dem Wegzug von Familien und Einzelpersonen entgegenwirken. Die Eintrittspreise für Auswärtige müssten nicht zwingend erhöht werden. Wichtig erscheint aber, dass Städter günstigeren Zutritt erhalten, als Auswärtige. Bei einer Zunahme der Anzahl der städtischen Besucher würden die Einnahmen zudem nicht geringer.

Dieser Vorstoss wurde vor 5 Jahren(!) eingereicht und "schlummert" noch immer in einer regierungsrätlichen Schublade!

...und die Lehre aus dieser unerfreulichen Angelegenheit ist:

Dem Regierungsrat muss Dampf gemacht werden, damit dem Willen der Bürgerinnen und Bürger auch nachgekommen wird!

Deshalb... **Schweizer Demokraten wählen!**
(Liste 9 unverändert einlegen)
und... **Patrik Cattin in den Regierungsrat!**

Kontaktadresse: www.sd-basel.ch oder SD, Postfach 4219, 4002 Basel

Liste 9



09.04 Thien Egi, 1974
Eidg. dipl. El. Ing. FH,
Kassier SD-BS



09.06 Béatrice Ginter, 1946
pens. Patent- und Marken-
administratorin, parteilos



09.08 Antal Szöke, 1961
Dipl. Baubiologe
Schreiner, SD



09.09 Jan Dabrowski
1955, Schlosser-
meister, SD-Delegierter

09.05 Hermann Szadowsky, 1935, pens. Verwaltungsangestellter, EDU; **09.07 René Tanner, 1929**, pens. med.-techn. Radiologie-Assistent MTRA, EDU; **09.10**

John Kollitsch, 1970, Verkehrsdienst-Mitarbeiter/Wachmann, SD; **09.11 Béatrice Carocari, 1940**, pens. Sekretärin, SD; **09.12 Hans Rahmen, 1940**, pens. Hauswart

Strafgericht BS, SD; **09.13 Emil Zysset, 1934**, pens. Physikassistent, parteilos; **09.14 Marcelle Cattin, 1944**, Hauspflegerin, parteilos.

Im Wahlkreis Grossbasel-Ost kandidieren:

09.01 Markus-Beat Stoercklé, 1962, Schriftsteller, SD; **09.02 Alice Tanner, 1936**, pens. Telefonistin, EDU; **09.03 Olivier Schönenberger, 1978**, IV-Rentner, ehem. Dialyse-Patient, SD; **09.04 Elisabeth Lustenberger, 1935**, pens. Geschäftsinhaberin, Aktuarin SD-BS; **09.05 Raymond Stöckli, 1929**, e.Grossrat, pens. Disponent, SD; **09.06 Carmela Cattin, 1977**, Hausfrau/e.Zustellbeamtin, SD; **09.07 Paul Schafroth, 1936**, pens. Informatiker, SD.

Grossratswahlen 2008:

Was wir Schweizer Demokraten anstreben!

- Ja zu einem Einwanderungsstopp! (Referendum in diese Richtung läuft); genug der Überfremdung!
- Ja zu Ordnung und Sicherheit; keine Verhätschelung von Kriminellen und Kampf der organisierten Verbrecherbanden.
- Ja zur sofortigen Ausweisung oder Internierung krimineller Ausländer und unechter Flüchtlinge.
- Nein zum multikulturellen Chaos in unseren Schulen und Kindergärten. Das «Baslerische» gilt als Leitkultur!
- Nein zum Ausländerstimm- und Wahlrecht.
- Nein zur Einbürgerung von Ausländern die kriminell sind, Schulden haben oder von der Sozialhilfe leben.
- Ja zur Förderung von Jugend- und Sportvereinen.
- Ja zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient und nicht... umgekehrt!
- Ja zu gerechten Löhnen, Renten und Steuern.
- Ja zu einem Service Publique ohne Einschränkungen.
- Nein zu Grossstadtallüren; Qualität kommt vor Quantität.
- Nein zu Überbauungsprojekten Bäumlhof und Landhof.
- Ja zu konsequentem Natur- und Heimatschutz.
- Ja zur gerechten Abgeltung der Zentrumsleistungen durch die Agglomeration.
- Nein zu noch mehr Gesetzen. Die gültigen Gesetze jedoch anwenden und nicht zu Gummiparagrafen machen.
- Ja die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger müssen von den Politikern ernst genommen werden!

Einwanderungsstopp jetzt! NEIN zur EU-Personenfreizügigkeit

Geschätzte Wählerinnen und Wähler

Die Basler SVP spielt Feuerwehr und zündet gerne selber Häuser an!

Rumänen und Bulgaren sollen neu auch Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt erhalten, – so will es das EU-Personenfreizügigkeitsabkommen. Die SD ergriffen dagegen das Referendum und sammeln Unterschriften.

Die SVP-Oberen haben sich feige auf die andere Seite geschlagen! Durch ihr Nichtstun fördern diese die Masseneinwanderung. Als Wahlgag verlangt die SVP nun plötzlich ein Deutsch-Sprachdiplom für einbürgerungswillige Ausländer. Ist das alles? Die SVP missachtet gar ihr eigenes Parteiprogramm.

Die SD bleiben auf Kurs!

Schweizer Demokraten wählen Liste 9



Markus-Beat Stoercklé
1962, Schriftsteller
Mitgl. V.S. Umwelt
IG Velo, Pro Bahn



Olivier Schönenberger
1978, IV-Rentner, ehem.
Dialyse-Patient, Aktiv-Mitgl.
Behindertensport BS



Elisabeth Lustenberger
1935, Aktuarin SD-BS
pens. Geschäftsinhaberin
Mitgl. OV Breite-Lehnmatt



Raymond Stöckli
1929, alt. Grossrat
Präsident G. des SWC/RSV
und Reissclub Basel

Geschätzte Wählerinnen und Wähler Wir Schweizer Demokraten sind gegen eine Verschleuderung des Schweizer Passes! Durch Stichentscheid des Gross- ratspräsidenten Roland Stark (SP) wurde im Juni dieses Jahres ein Vorstoss abgelehnt, welcher bei der Einbürgerung von Ausländern strengere Richt- linien (guter Leumund!) verlangt hätte. Solche berechtigte Anliegen werden insbesondere von der politischen Linken (Sozialdemokraten, BastA, Grüne) "abgeschossen", weil diese für Masseneinbürgerung sind. Die Linksparteien spekulieren so auf neue Wählerinnen und Wähler!

Schweizer Demokraten wählen Liste 9



www.sd-bs.ch

In den
Regierungsrat:
PATRIK CATTIN
Hörgeräteakustiker FA



Eine unvergessliche 1.-August-Feier in Kleinhüningen!

Das Motto in der Einladung zur traditionellen 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten lautete: «Gemeinsam einige gemütliche Stunden verbringen mit Musik, Spass und Unterhaltung. Nebst Speis' und Trank gibts auch politische Reden – aber nicht nur... und nur so viele – wie nötig!»

Genau dieses Programm wurde im 100 Personen fassenden Restaurant «Drei Könige» in der Nähe des Basler Dreiländerecks in die Tat umgesetzt. Spät nachmittags zog es gar noch ein Dutzend «Nimmermüde» zu einer geführten Besichtigung ins nahe gelegene Schifffahrtsmuseum im Hafanareal von Kleinhüningen, dem «Tor» zur grossen, weiten Welt...



Fröhliche Tischrunden vor Beginn der Feier.



An den Fensterplätzen gar zwei Gäste aus dem Tessin.



Ueli Brasser, SD-Zentralpräsident, heisst die Teilnehmer in italienischer und deutscher Sprache willkommen.



Ländlertrio Locher-Glauser bei ihrer «lüpfigen Arbeit».



Marco Schällmann, Präsident der JSD-Nordwestschweiz, bei seinem ersten grossen «Parteiauftritt».



«Privatdozent» Dr. D. Najman referiert über das in Aussicht stehende Mittagessen.



Erheiterndes an einer Tischrunde mit SD-Geschäftsführer Bernhard Hess.



«Andächtig» verfolgen die Teilnehmer die Ansprache vom ehem. SD-Nationalrat Rudolf Keller.



In der Mittagspause: Einmal so ganz unpolitisch!



Das Duo Borner/Müller beim Erurieren der Wettbewerbsgewinner.



Rudolf Keller mit einer aufklärenden und hinterfragenden Rede, welche insbesondere den Bundesräten «gut» getan hätte...



Kabarettist Hans-Ueli Lerch mit einer lustigen Darbietung aus dem «damaligen» Emmental.



Dreiländereck

JSD + -Standpunkt**Auch junge Menschen wollen in der Politik mitbestimmen!**

Ansprache von Marco Schällmann an der SD-1. August-Feier 2008 in Basel



Marco Schällmann, Präsident der kürzlich gegründeten JSD-Nordwestschweiz

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gesinnungsgenossen!

Es ist mir eine grosse Ehre, als Präsident der JSD Nordwestschweiz, einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Seit jeher interessiere ich mich für Politik und finde es sehr wichtig, dass sich die Jugend im politischen Geschehen engagiert. Denn die Politik ist es, die unser Leben massgeblich beeinflusst und wir entscheiden, ob wir uns beeinflussen lassen oder ob wir diejenigen sind, die gesellschaftlich Einfluss nehmen!

Doch damit sich die Jugend in der Politik einbringen kann, muss man ihr eine Plattform bieten. Deshalb ist es enorm wichtig und notwendig, dass es die Jungen Schweizer Demokraten gibt und dass man sie unterstützt.

Als ich selbst nach einer Partei suchte, die meine Ansichten und Werte vertritt, bin ich bald auf die Schweizer Demokraten gestossen. Doch war für mich klar, dass ich in eine Jungpartei will, denn dort kann ich mich besser einbringen und unter Gleichaltrigen politisieren. Von der JSD hatte ich damals noch nie etwas gehört. Als ich dann per Zufall auf die Internetseite der JSD kam, rief ich gleich meinen Kameraden an, der sich ebenfalls politisch betätigen wollte. Schnell haben wir noch zwei weitere Interessierte gefunden und entschlossen uns an der nächsten Mitgliederversammlung teilzunehmen, um uns diesen Verein mal genauer anzusehen. Nach kurzer Zeit war klar, dass es genau das ist was wir suchten. Da in der Nordwestschweiz noch keine JSD-Sektion bestand, beschlossen wir kurzerhand eine solche zu gründen und

etwas später, das heisst am 31. März 2008, war es dann soweit. Wir trafen uns mit dem damaligen Präsidenten und dem Kassier der JSD Schweiz zur Gründungssitzung in Liestal.

Momentan ist die Sektion Nordwestschweiz noch ein beschauliches Grüppchen aktiver Jugendlicher, die sich den Schutz der Heimat und somit vor allem auch den Umweltschutz zum Ziele nehmen. Als Hauptaufgabe unserer Sektion sehen wir aber im Moment vor allem das Anwerben von neuen Mitgliedern, das wir unter anderem mit kleineren und grösseren Anlässen erreichen wollen. Der nächste Anlass, an den alle Mitglieder, Sympathisanten und sonstige Interessierte eingeladen sind, ist am 6. September ein Grillabend im Baselsbiet, zu dem auch Ihr, vor allem die Jüngeren unter Euch, herzlich eingeladen seid.

Doch am heutigen Tag geht es nicht in erster Linie um unsere Partei, sondern wir haben uns hier versammelt, um der Gründung unseres geliebten Vaterlandes zu gedenken. Und ebenfalls heute, versammeln sich Leute aus aller Welt an dem Ort, an dem die Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ihren Anfang nahm: Auf der Rütliwiese im Herzen der Schweiz!

Und auf eben dieser Wiese trafen sich im August 1291, laut Sage, die Abgesandten der Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden.

Dazumal stieg der Schwyzer Werner Stauffacher auf eine Steinplatte und sprach: «Brüder erhebt Euch! Im Namen Gottes stehen wir hier und reichen einander die Hände. Ein Wille, ein Ziel einigt uns: Frei wollen wir sein! In tiefster Not versprechen wir, einander zu helfen, im Kampfe gegen die Vögte zusammenzustehen und uns vor keiner Gefahr zu beugen (...) So erhebet meine Freunde von Uri, Schwyz und Unterwalden, Eure Hand zum Schwure! Der alleinige Gott sei Zeuge, dass wir beschlossenen haben, unsere Freiheit gegen jede fremde Macht zu schützen – für uns und unsere Kinder.»

Und an diesen Schwur wollen wir uns auch jetzt noch halten, denn er passt auch noch in die heutige Zeit. In der Gegenwart sind es zwar nicht mehr Vögte, die uns unseres Landes und unserer Freiheit berauben, sondern geldgierige Politiker und Wirtschafttheinis, die mit Billigarbeitern, dem Ausverkauf unserer Heimat und willkürlichen Gesetzen und Verträgen mit undemokratischen Mächten unser Land zu Grunde richten. Selbst die Rütliwiese, die bis vor nicht zu langer Zeit, noch als Symbol der Freiheit und des Friedens galt, will man nun zu einem Symbol der Globalisierung machen. Es sind dort nur noch geladene Gäste erwünscht. Statt Abgesandte aus Schweizer Kantonen, treffen sich heute die Abgesandten, sprich Botschafter, aus fremden Ländern, wie Kolumbien, Malaysia, Slowakei und weitere uns sehr wenig verbundene Herrschaften. Soll die Rütliwiese nur noch der Obrigkeit gehören, nicht mehr frei zugänglich sein für den Mann und die Frau des gewöhnlichen Volkes, und schon gar nicht, wenn sie sich als überzeugte Schweizerinnen und Schweizer zu erkennen geben? So wurden doch in den letzten Jahren zahlreiche Einheimische vom Rütlibesuch abgehalten!

Man ist geneigt, die Schuld für diesen Skandal den Linken in die Schuhe zu schieben, doch dürfen

wir nicht vergessen, auch die bürgerlichen Politiker genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn wer nichts dagegen unternimmt, ist genauso Schuld an der Verhunjung des wohl wichtigsten Ortes der Schweizer Geschichte. Die Urner SVP zum Beispiel, hat den Kampf um das Rütli anscheinend schon lange aufgegeben und wollte es gar mit einer Initiative für ausserkantonale Redner schliessen und damit weitere Bundesfeiern verhindern. Es ist ja «nur eine Wiese mit Kuhdreck», meint Ueli Maurer, der ehemalige SVP-Präsident, zum symbolträchtigen Ort, an dem 1940 General Guisan seine Armee-Offiziere auf die Verteidigung des Vaterlandes gegen Nazi-deutschland einschwor.

Doch selbst wenn wir heute ganz alleine dastehen sollten, dürfen wir uns von den heimatverachtenden Machthabern und Geldmogulen nicht unterkriegen lassen!

Wir geben nicht auf, bis wir erreicht haben, was uns und unserem Volk zusteht. Die Freiheit, das sagen zu können – was man denkt und die Örtlichkeiten zu besuchen – die man aufzusuchen wünscht!

Und vielleicht ist es ja irgendwann soweit, dass wir unsere SD-1.-August-Feier auf dem Rütli durchführen können. Wir werden bestimmt niemanden ausschliessen, schliesslich sind wir Demokraten, dazu noch schweizerische...

**Einwanderungsstopp jetzt!
NEIN zur EU-Personenfreizügigkeit**

**Geschätzte Wählerinnen und Wähler
Wir Schweizer Demokraten stehen seit Jahren!, mit Wort und Tat, ein für mehr Sicherheit und weniger Ueberfremdung.
Vor den Wahlen brüsten sich nun plötzlich Parteien, wie die CVP, FDP oder auf schweizerischer Ebene der SP-Präsident Levrat, dass sich ihre Parteien für mehr Sicherheit (mehr Polizei, härteres Durchgreifen) "einsetzen" wollen.**

Diese "Aussagen" gelten aber nur vor Wahlen und sind nicht mehr als Worthülsen. Erwähnte Parteien stehen in der "Regierungsverantwortung" und nehmen diese leider nicht (mehr) bürgernah wahr! Dem Integrationsgesetz hatten die Basler Bürgerlichen auch blind zugestimmt. Heute gilt dieses Gesetz als verfehlt!

**Schweizer Demokraten wählen
Liste 9**

SD +
www.sd-bs.ch

In den
Regierungsrat:
PATRIK CATTIN
Hörgeräteakustiker FA



SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handöge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

**Elektroluftkissenrasenmäher,
Mod. Flymo Turbo.** Schnittbreite
35 cm, 1400 Watt, wie neu –
mit Garantie. Neupreis Fr. 209.–;
VP Fr. 90.–, Region Biel,
Telefon 032 331 91 35

**Schmideisernes Wirtshauschild
mit angehängtem Kreuz.**

Grösse 42 x 57 cm, gut erhalten,
Fr. 70.–, Region Biel
Telefon 032 331 91 35

Revox B 260/FM-Tuner (Studer)
an Liebhaber zu verkaufen.
Günstiger Preis. Kanton Bern
Telefon 031 951 07 59

Harley Davidson FXD Dyna S,
schwarz, Jg. 04.96, ab MFK, 24 000
km, top Zustand, Verhandlungs-
preis Fr. 13 000.–, Stadt Zürich
Telefon 079 300 62 18

Rennrad, rot, wie neu, nicht das
letzte Modell, Fr. 90.–, daselbst ein
Tourenvelo, alles in sehr gutem
Zustand. Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

3 Paar Ski, Marke Rossignol,
inkl. Skistöcke; **3 Paar Salomon-
Skischuhe** Grösse 41–43, wenig
gebraucht.

Alles zusammen nur Fr. 150.–,
Region Innerschweiz.

Telefon 041 397 01 88

2 Kinder-Velos für 2 + 5-Jährige
für Fr. 15.– und Fr. 25.–,
gut erhalten.

2 Pferdesättel (1 Sport, 1 Western)
plus sämtlichem Geschirr,
alles zusammen nur Fr. 900.–
top Zustand, Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

GESUCHT:

**Ich komme aus Holland und
suche Gerhard Hoppler.** Wer kann
mir eine Nachricht über ihn ge-
ben? Ich lernte ihn 1969/70 in Bas-
el kennen. Ich möchte ihn gerne
Wiedersehen! Dicky van Eijk-Berg-
werff, Strasse: Slakkenveen 323,
Ort: Spijkenisse, Neederland,
Tel. 0181-672230, E-Mail:
dickyvaneijk@hotmail.com

Deutscher «Eidgenosse»
mit früheren intensiven Verbin-
dungen zur Schweiz wünscht sich
eine **«Schweizerflagge»** (günstig
oder gar gratis!). Auch sonstige
Brief- oder E-Mail-Kontakte
evtl. ausbaufähig. Franz Schmid,
Klosterweg 34, D-70372 Donzdorf,
frschmid@t-online.de

Wir suchen (2 Personen, Nichtraucher,
keine Haustiere) **eine ruhige
3- bis 4-Zi-Wohnung in der Stadt
Bern,** Miete bis Fr. 2000.–
Telefon 031 352 99 81

SÜDAMERIKA:

**Schreiner, Tischler,
Holzfachmann gesucht für
Beratung/Mitarbeit in Bolivien.**
Unsere Aufforstungen im subtropi-
schen Tiefland von Bolivien liefern
in den nächsten Jahren einige
interessante Hölzer. Unsere bishe-
rigen Produkte sind: Türen,
Fenster, Wanduhren, Spielzeuge.
Für den Aufbau einer Schreinerei
suchen wir Berater/Partner.
Auch interessant für jemanden im
Ruhestand, der sich hier für einige
Wochen oder auch längere Zeit
niederlassen möchte. Das Klima ist
angenehm, wenn man die Wärme
liebt. Tiefe Lebenskosten!
**Kontakt: Stephan Henz, Strasse:
Las Pavas, Ort: Santa Cruz,
Bolivia, Tel. 00591 370 04 83,
E-mail: stephanhenz@gmail.com**

ALLERLEI:

Ich suche **SD-Mitglieder und
-Sympathisanten aus dem
Oberthurgau** für gelegentlichen
Stammtisch, Meinungsaustausch,
Grillabende oder Freundschaft.
Interesse geweckt? Dann meldet
 Euch unter:
schweizer.demokrat@bluewin.ch

BEKANNTSCHAFTEN:

**Solider Berner, 50plus, 184/84,
NR/NT,** sucht Freundin, 25–50,
mit Heimatsinn und Freude am
Reisen per Auto und Ferien in der
Schweiz mit Baden, Spazieren,
Sauna und Camping. Stadt Bern
Telefon 078 841 51 23

REISEN/WANDERN:

**SD-Pensionierte, die gerne
wandern (ganze Schweiz).** Später
eventuell Gründung einer Wander-
gruppe. Wer macht mit?
Aus der Region Berner-Oberland
Telefon 033 951 36 74

Zu verkaufen: Motorräder

	Zylinder	cm ³	Klasse	Jahr	MFK	Preise geschätzt 2007 von der Versicherung
Triumph						
Trident T 160 (Anlasser)	3	750	1-2	1975	10.2006	11 000.–
Royal Wedding T140V Bonneville	2	750	1	1981	10.2006	11 000.–
T120R Bonneville	2	650	1-2	1968	09.2004	11 000.–
T120 Bonneville Pre Unit, Magnetzündung	2	650	1-2	1965	09.2004	10 000.–
B S A						
Rocket III	3	750	1-2	1970	09.2006	12 000.–
Thunderbolt	2	650	1-2	1967	09.2004	10 000.–

Tel. 055 440 57 74 – 079 336 34 69 – E-Mail: eakuehne@bluewin.ch

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein unbescholtener Schweizer gerät in den USA ins Kreuzfeuer
zwischen Wirtschaftskriminellen und korrupten Behörden, die ihn
erbarmungslos und ungestraft terrorisieren. Am Ende ist er bankrott
und muss das Land fluchtartig verlassen. – Die beedigte, wahre
Erzählung von Harry Burger bestätigt den Zerfall der US-Rechtsstaat-
lichkeit und enthüllt das ungeahnte Ausmass des amerikanischen,
organisierten Verbrechens.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia»

164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



Farben und Malerzubehör

- ☉ Stall-Farben (druckreinerfest, 1- und 2-Komponenten)
- ☉ Lebensmittellager-Farben, zum Beispiel für Käse-/Obstlager (atmungsaktiv)
- ☉ Wohnbereich-Farben/Edel-Lasuren für innen und aussen
- ☉ Fassadenfarben mineralisch

Alle Farben nach neuesten, ökologischen Kenntnissen in der Schweiz hergestellt.
Frei von Lösungsmitteln und flüchtigen Toxiden. (Technische Merkblätter erhältlich)

☉ **Engros-Preise, Beratung (auch bauseits)
und Lieferung gratis – ganze Schweiz!**

Profitieren Sie von diesem Service – Kosteneindämmung

★★★★ 10 Jahre ★★★★★

YUKON-SYSTEMS

C. & S. Eberhart, Burgstr. 55, 8570 Weinfelden, Tel. 071 622 35 40, Fax 071 622 35 49

Der Wahrheit die Ehre geben!

Wir alle sind seit Jahrzehnten durch gerissene Propaganda psychologisch manipuliert worden. Was die US-Amerikaner und ihre Verbündeten auf der weltpolitischen Bühne auch immer aufzuführen, ist gut oder wenigstens entschuldigbar.

Was die Sowjets, resp. heute Russland und die ideologisch verwandten Staaten unternehmen, ist verbrecherisch, verabscheuungswürdig und unentschuldigbar.

Dass bei dieser Grundhaltung verzerrte Wahrnehmungen realer Gegebenheiten fast unausweichlich sind, scheint verständlich zu sein.

Ich möchte hier einige Fakten ansprechen, die gerade in jüngster Zeit völlig verdreht an die Öffentlichkeit übermittelt wurden.

1.) Kriegstreiberei:

– Russland ist seit dem Zusammenbruch des Sowjetreiches kaum als friedensgefährdend in Erscheinung getreten.

– Die USA haben in dieser Zeit das Verteidigungsbündnis Nato zu einem Angriffsinstrument umgebaut, eine ganze Reihe völkerrechtswidriger Kriege ausgelöst, schwerste Verbrechen gegen das Völkerrecht und das Kriegsrecht begangen und die Internationalen Institutionen verächtlich gemacht oder missbraucht.

2.) Kriegsvorbereitungen:

– Russland ist seit über 15 Jahren als relativ zurückhaltend aufgefallen; es bedroht kein Nachbarland.

– Die USA bauen laufend neue militärische Stützpunkte rund um Russland auf (angeblich gegen den Iran gerichtet). Der Rüstungsaufwand der USA ist fast 59% der weltweiten Rüstungsaufwendungen von 1,34 Billionen Dollar. Beim internationalen Waffenhandel liegt die USA mit 31 % ebenfalls an der Spitze (Russland 25%).

3.) Der Krieg in Georgien:

– Russland hat noch Stunden vor der georgischen Invasion in Südossetien versucht, beim UNO-Sicherheitsrat eine Erklärung durchzubringen, die sowohl von Georgien wie auch von Südossetien einen Gewaltverzicht forderte.

– Unter der Führung der USA wurde diese Erklärung abgeblockt. Und hierzu ein Zitat aus einem Artikel von Prof. Dr. Michel Chossudovsky, einem profunden Kenner der Weltpolitik:

– *Georgien handelt militärisch nicht ohne Zustimmung Washing-*



Auch beim jüngsten Kaukasuskonflikt geht es um die Einflussnahme US-amerikanischer Ölmultis in der Region. Bild: «Druschba»-Pipeline.

tons. Der georgische Staatschef ist ein Erfüllungsgehilfe der USA, und Georgien ist de facto ein US-Protektorat.

Merken wir uns folgende wichtige Details aus diesem Krieg:

– Georgien hat in der Nacht des 7. August Südossetien überfallen.

Die Angriffe aus der Luft und auf dem Boden richteten sich hauptsächlich gegen zivile Ziele wie Wohngebiete, Krankenhäuser und die Universität Die Provinzhauptstadt Tschinwali wurde zerstört. Sowohl russischen als auch westlichen Quellen zufolge hatten die Angriffe 1500 zivile Opfer zur Fol-

ge. Es handelte sich also um einen klaren Staatsterror.

– Begreiflicherweise hat Russland sofort reagiert – die überwiegende Mehrheit der südossetischen Bevölkerung ist russischstämmig, die keinesfalls zu Georgien gehören will. Die russischen Luftangriffe hatten vor allem militärische Einrichtungen in Georgien wie z.B. die Militärbasis in Gori zum Ziel. Die Verluste an Zivilisten beliefen sich denn auch lediglich auf einige Dutzend, wie mit Sicherheit angenommen werden darf.

Was ist das Ziel dieser militärischen Provokation durch Georgien?

Die Angriffe sind ein integraler Bestandteil des umfassenderen nahöstlich-zentralasiatischen Krieges, der auch die Kriegsvorbereitungen von USA/Nato/Israel bezüglich Iran einschliesst.

Es war der Wille der Planer USA/Israel/Georgien eine humanitäre Katastrophe zu generieren. Es ging offensichtlich nicht um die Wiedergewinnung der staatlichen Oberhoheit über Südossetien; denn dazu hätte man keinesfalls die Infrastruktur der Provinzhauptstadt zerstören dürfen.

Es geht den Amerikanern und Israel darum, die Präsenz und den Einfluss Russlands im Kaukasus und in Zentralasien zu unterminieren und dahinter steht der imperialistische Wille der amerikanischen Hochfinanz und der Ölmultis.

Das sind unangenehme Wahrheiten, die wir aber zur Kenntnis nehmen sollten.

Hans Spitz, Köniz

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 Bezirke Baden / Brugg / Zürich:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen

Aargau West:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Fricktal: Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken

 Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»

 Kantonalpartei Basel-Stadt:
Jeden 1. Montag im Monat Stamm ab 19.30 Uhr im Rest. Münchnerhof, Riehenring 75, in der Nähe der Tramhaltestelle Messeplatz

 Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern

 Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/BeO:
Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Rest. Neufeld, Buchholzstr. 29, 3604 Thun

 Sektion St. Gallen:
Jeden 1. Mittwoch des Monats: Stamm ab 19.30 Uhr im Sali des Restaurant Hirschen, an der Rorschacherstr. 109, St. Gallen, Bus Nr. 1, Haltestelle St. Fiden

 Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

Hinweis! Interessante Homepage www.christoph-blocher.ch
Viel Vergnügen!

www.schweizer-demokraten.ch
Anlässe melden an: sd-ds@bluewin.ch

Oh ihr Heuchler!

Eine kritische Betrachtung zur politischen Lage



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Zur Zeit beherrscht die politische Diskussion unseres Landes die Frage, ob und wann unser «Selbst-Verteidigungs»-Minister Schmid zurücktreten wird. – Dabei ist es keine Frage, dass er seiner Partei – seit er gegen deren Willen zum Bundesrat gekürt wurde, immer wieder schweren Schaden zugefügt hat. Nach der Affäre Nef ist auch publik geworden, dass er sein Departement nicht im Griff hat und in Fortsetzung der Cotti/Ogi Politik den Abbau der Verteidigungsfähigkeit willfährig im Sinne der USA weitergeführt hat. Dies immer wieder bei gleichzeitiger verbaler Beteuerung, er wolle sich für den Erhalt der Miliz-Armee einsetzen. Wegen der kritiklosen Förderung der Globalisierung mit der Bereitschaft zur Opferung der einheimischen Landwirtschaft und damit Aufgabe der Ernährungssouveränität werden in jüngster Zeit auch Rücktrittsforderungen an die Adresse von Doris Leuthard laut. Über Eveline Widmer-Schlumpf braucht man keine Worte zu verlieren. Ihre Stellungnahmen nach dem peniblen Spiel zur Erschleichung eines Bundesrats-Sitzes ist würdelos und deklariert sie völlig. Nach 3 Jahren Studiums des Verwaltungs- und Regierungssystems hat a.Regierungsrat U. Fässler über unseren Bundesrat ein verheerendes Urteil gefällt.

Hier drei Zitate von Aussagen des Herrn a. Regierungsrates und Verwaltungsspezialisten Fässler:

– «Dieser Bundesrat ist nicht nur unwillig, sich selber zu reformieren, sondern auch unfähig zu jeder Selbstkritik» und «Er ist total ineffizient!»

– «Man neigt ja gerne dazu, die jeweils amtierende Regierung als die absolut schlechteste aller Zeiten zu betrachten; doch bei dieser Regierung trifft es meines Erachtens nun wirklich zu. Das ist eine Garde von Sesselklebern, die ihre zentrale Aufgabe nicht wahrnimmt, nämlich die Schweiz in die Zukunft zu führen.»

– «Diese Regierung ist ein Auslaufmodell; in dieser Zusammen-

setzung wird sie nichts Wesentliches mehr bewegen können.» und «Die wollen gar nicht zusammen an einen Tisch sitzen. Lieber reist jede(r) allein zu Anlässen, wo sie sicher sind, dass man ihnen aus der Hand frisst.»

Soweit die neuesten Einsichten von Ulrich Fässler, die soeben publiziert wurden. **Doch sind diese Einsichten so neu nun auch wieder nicht!**

Auf vielerlei Probleme hat die NA/SD seit Beginn der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts immer wieder aufmerksam gemacht und ist auf wenig Einsichten bei den erlauchten Herrschaften gestossen.

Am 23. April 1999 hat der Schreibende dem damaligen Bundesrat Cotti zu seinem Abschied aus dem Amt in einem persönlichen Brief die Probleme wie folgt präsentiert (Zitat): *Ich erinnere an*

– *das ungebremste Weiterführen der Wachstumspolitik im materiellen Bereich ohne Rücksicht auf die Endlichkeit aller Elemente des Raumschiffes Erde;*

– *die widerstandslose Hinnahme der sog. Globalisierung der Wirtschaft, die allüberall unlösliche menschliche und ökologische Probleme schafft;*

– *die im Gange befindliche Liquidierung der bäuerlichen Landwirtschaft im ganzen Gebiet der EU und neuerdings auch in der Schweiz;*

– *die weiteren massiven Kulturverluste und die Verarmung der Artenvielfalt durch die Bautätigkeit, die Umweltbelastung und die monokulturelle, hochrationalisierte Wirtschaft;*

– *das Ergebnis der bilateralen Verträge, die für die Schweiz – entgegen Deiner Verkündungen – schwerste Einbussen an demokratischen Volksrechten, an Wohl-*



Bauernopfer Roland Nef. «Selbst-Verteidigungs»-Minister Bundesrat Schmid bleibt fest im Sattel.

stand und Lebensqualität für die Massen der Bevölkerung bringen werden;

– *das Anschwellen der nationalen und mehr noch der internationalen Verkehrslawine, von der auch Dein Heimatkanton schwer betroffen wird. Dies als Folge einer völlig unsinnigen Wirtschaftspolitik mit einseitiger Ausrichtung auf die stetige Steigerung des materiellen Wohlstandes einer verantwortungslosen Verschleuderungs-Zivilisation;*

– *die vom Bundesrat unter Deiner tatkräftigen Förderung immer wieder bestätigte Absicht, die Schweiz in die EU, in die UNO (was unterdessen passiert ist!) und neustens auch in die NATO hineinzuführen. Dass dies auch die de facto Aufgabe der integralen Neutralität bedeuten würde, kann wohl im Ernst nicht bestritten werden.*

Ende Zitat.

Ist es nötig darauf hinzuweisen, dass dieser Brief keinerlei Reaktion auszulösen vermochte; nicht einmal eine Empfangsbestätigung!

...und die Anderen!

Noch schlimmere Sorgen als die oben angedeuteten plagen aufmerksame Beobachter der deutschen und vor allem der Politik der USA. Diese als Beispiele für zahlreiche Staaten, in denen krampfhaft versucht wird den Schein zu wahren, während die Fahrt in den Abgrund an Geschwindigkeit gewinnt.

In Deutschland wird man sich zunehmend bewusst, dass man sich mit einer ehemaligen, kommunistischen Aktivistin eine Bundeskanzlerin, die als «Wendehals» glänzte, aufgeladen hat, die Deutschland als Satellit der USA auf geradem Weg in die Katastrophe führt. Sie fährt einen derart strammen pro USA und pro Israel Kurs, dass sie schon mehrfach von jüdischen Organisationen ausgezeichnet wurde.

Bereits Kanzlerin, verkündete sie am 17. Juni 2005 (Zitat):

Die Deutschen haben keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit!

Zwischenzeitlich wurde der 17. Juni als Gedenktag an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, der blutig niedergeschlagen wurde, abgeschafft.

Heute gehört Angela Merkel auch der «Atlantik-Brücke e.V.» an, einer US-geführten Vereinigung zur Vertiefung, Festigung und Auswei-

tung amerikanische Interessen und Dauerpräsenz in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2099.

Zur Zeit «verteidigen» Tausende deutscher Soldaten angeblich die Freiheit Deutschlands am Hindukush und nach amerikanischer Vorstellung (lt. Obama!) sollen immer noch mehr Deutsche auch in südlichen Gebieten Afghanistans die «Drecksarbeit» für die USA in diesem von den USA vom Zaun gerissenen Krieg machen.

Mit der bedingungslosen Unterstützung der imperialistischen Politik der USA in den Kriegen um Oel und Absatz-Märkte in Südosteuropa, im Nahen Osten und im Kaukasus hat Deutschland seine moralische Glaubwürdigkeit definitiv verloren.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten wegen der enormen Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Staatsverschuldung und der immer härteren Ausbeutung der besser verdienenden Berufsgruppen lassen für die Zukunft dieses Volkes Schlimmes befürchten.

Von den USA geht die bedenkliche Finanz- und Währungskrise aus. Das Fiat-Money System, die hemmungslose Ausgabenpolitik im Dienste des Imperialismus (Kriege, Geheimdienstoperationen, Bestechungen, militärische Forschung und Aufrüstung der Vasallen-Staaten usw.) haben das «reiche» Amerika zum grössten Schuldnerland der Welt werden lassen. Fast die Hälfte aller jährlichen Rüstungsausgaben der Welt (1,34 Billionen Dollar) werden von den USA getätigt.

Wehe, wenn die grössten Gläubiger Staaten China, Japan, Indien, Saudi-Arabien, aber auch Deutschland und die Schweiz etc. das Spiel mit den wertlosen amerikanischen Schatzanweisungen nicht mehr mitmachen sollten!

Eines ist klar: Die Vereinigten Staaten, die sich vom Ausland finanzieren lassen, sind zu einer Bürde für die übrige Welt geworden. Amerika lässt sich täglich 7% seines Konsums vom Ausland finanzieren.

Nach neuesten Schätzungen der Hedge-Fonds Studie der Bridgewater Associates beläuft sich der Gesamtwert der risikobehafteten Vermögenswerte wie Hypotheken-, Kredit- oder Kreditkartenforderungen auf 26,6 Billionen US-Dollars. Die Verluste daraus dürften sich auf 1600 Milliarden Dollar belaufen, wenn alle Vermögenswerte zu Marktpreisen bewertet werden.

Im obgenannten Papier heisst es: «Wir haben grosse Zweifel, dass es den Geldinstituten gelingen

wird, genügend neues Eigenkapital aufzutreiben, um die Verluste zu decken. Das wird die Kreditklemme verschlimmern.»

Dass hier eine Zeitbombe tickt, dürfte jedermann klar sein. Die Frage ist nur, wann sie hochgeht. Wenn Helmut Schmidt, der frühere deutsche Bundeskanzler prognostiziert, dass wir in 20 bis 25 Jahren drei Weltwährungen mit dem Dollar als wichtigste Währung haben werden (Dollar, Euro, Renminbi) und die jeweiligen Zentralbanken zusammenarbeiten würden, rechnet er offensichtlich nicht mit dem imperialistischen Herrschaftswillen der amerikanischen Finanzkreise, denen ganz klar alle Mittel recht sind, um die Weltwirtschaft zu dominieren.

Das freiheitliche Amerika – nur noch eine Legende?

Schritt um Schritt sind die amerikanischen Staatsbürger in den letzten Jahren um ihre Freiheit gebracht worden. – Mit Angstmacherei vor einem Feind, der angeblich die USA bedrohe, wurden und werden Kriege und der Abbau der Freiheiten seit Jahrzehnten begründet – Unter der Herrschaft von G.W. Bush wurde diese Taktik zu früher unerreichter Perfektion entwickelt. So wurde der Terroranschlag vom 11. Sept. 2001 organisiert und schliesslich mit dem «Patriot Act» verboten, dass jemand irgendwelche Vergehen gegen das Völkerrecht (wie der widerrechtliche Krieg in Afghanistan, im Golf, Kriegsvorbereitungen oder Vergehen der Armee gegen das Kriegsrecht) irgend jemandem mitteilen dürfe. Damit werden die Möglichkeiten rechtlicher Massnahmen nahezu ausgeschlossen. So kann z.B. das Verbrechen von Guantanamo seit bald 7 Jahren weitergeführt werden. Die Anwendung von Folter und die Verweigerung aller Rechte an Kriegsgefangene werfen ein schlimmes Licht auf die angeblichen Verteidiger der Menschenrechte, die USA. Die Verbrechen der USA im Balkan, im Irak, in Somalia, im Sudan und in Afghanistan und anderswo bleiben ungeahnt. Die USA verwendet auf allen erwähnten Kriegsschauplätzen uranhaltige Munition mit entsetzlichen Folgen für die Zivilbevölkerung, ja selbst die eigenen Soldaten. Aber das scheint der amerikanischen Führung schnorzelig zu sein.

Die USA sind auf direktem Weg in eine Diktatur. Die Medien sind schon unter totaler Kontrolle und damit im Dienste des Imperialismus. Und dabei ist stets zu bedenken, dass das erste Opfer eines Krieges stets die Wahrheit ist und

die USA befinden sich permanent im Kriegszustand.

Die Hoffnung auf den nächsten Präsidenten!

Letzten Sommer begründete Michelle Obama ihre Zustimmung zur Kandidatur ihres Mannes bei einer Veranstaltung in Iowa mit den Worten: «Weil ich es satt habe, Angst zu haben. In einem Land zu leben, das von Angst regiert wird. Denkt nach! Hört zu! Das Spiel der Politik funktioniert doch so, Angst zu schüren, damit ihr nicht mehr nachdenkt.»

Inzwischen ist Michelle Obama offensichtlich «domestiziert» worden und sie hütet sich, so harte Wahrheiten auszusprechen.

Man fragt sich, wer sie denn wohl domestiziert habe. Der Schlüssel liegt bei den schier unerschöpflichen Finanzmitteln, die dem Obama Lager offenbar zur Verfügung stehen.

Wenn Barak Hussein Obama heute schon als quasi sicherer, nächster Präsident der USA gehandelt wird, so verdankt er dies der Trilateralen Kommission, der Bilderberger Gruppe, der Council on Foreign Relations, der Ford Foundation usw., also der amerikanischen Hochfinanz, derer Marionette Obama heute schon ist. So erklärt sich auch, weshalb der Ober-Kriegshetzer und Imperialist **Zbigniew Kazimierz Brzezinski der Hauptdrahtzieher der Obama Kampagne** ist.

(So die Wertung von Webster G. Tarpley, einem bekannten amerikanischen Buchautor und Kritiker der amerikanischen Innen- und Aussenpolitik!)

Tarpley warnt die Europäer, Obama sei kein «Friedensengel», sondern ein «Todesengel», und werde den 3. Weltkrieg auslösen.

Dies, weil er unter dem Einfluss von Brzezinska handelt, der im Kampf ums Erdöl China gegen Russland ausspielen will. Die Vorbereitungen – mit der Installation des Raketen-Abwehrschirms rund um Russland (angeblich gegen den Iran!) und die Wüthlichkeit der amerikanischen Spezialdienste nicht nur fernab im Kaukasus, im Iran, in Pakistan, Südostasien und Afrika, sondern auch in der Schweiz laufen auf Hochtouren – schlecht cachiert durch die präsidentialen Beteuerungen, das alles diene dem Kampf gegen den Terror, dem Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie, dem «nation building» usw.

Aber – auch Heuchler müssen sterben! Warten wir ab. Das gilt für Schmid, Widmer und Konsorten ebenso wie für Bush und seine gesamte Entourage.



Bundesrat Schmid – unfähig oder Witzfigur?

Armeechef Nef und Bundesrat Schmid haben den Flugwaffenchef Knutti zum Rücktritt gezwungen, weil er das Dossier eines zum Besuch der Zentralschule vorgeschlagenen Hauptmanns unbesehen an die Armeeführung weitergeleitet hatte, obschon der Bewerber gemäss Reglement ein Jahr zu jung war für die angepeilte Weiterbildung. Knuttis unbedeutender Lapsus hatte übrigens keinerlei Konsequenzen.

Bundesrat Schmid hat der Wahlbehörde im Dossier des von ihm vorgeschlagenen Chefs der Armee wissentlich und mit berechneter Absicht ein wichtiges negatives Faktum unterschlagen und damit den Gesamtbundesrat getäuscht. Dieser um viele Stellenwerte grössere Fehler hatte einschneidende negative Konsequenzen, für den vorgeschlagenen Nef, die Armeeführung

und damit auch die Sicherheit unseres Landes. Aber Bundesrat Schmid zieht für sich keinerlei Konsequenzen!

Ein Vorgesetzter, der mit so verschiedenen Ellen misst, ist schlicht und einfach charakterlos und als oberster Armeechef nicht tragbar. Wie können wir erwarten, dass die Soldaten ihren Pflichten nachkommen, im Wissen, dass oben gemogelt und geschummelt wird. Bundesrat Schmid klammert sich an sein Amt, obwohl ihm bewusst sein muss, dass er damit «seiner» Armee und dem ganzen Land schadet. Als Chef des Eidgenössischen Militär-Departementes (VBS) hat er seine Unfähigkeit zur Genüge bewiesen. Als Chef des Sport-Departementes bleibt er doch eher eine Witzfigur!

H. Brandenberger, Minusio

Braucht die Schweiz Kampfflugzeuge?

Wenn man den beschränkten Luftraum für den Einsatz von Kampfflugzeugen betrachtet (in wenigen Minuten ist die Staatsgrenze erreicht), scheint mir eine massive Bodenabwehr durch Raketengeschosse besser geeignet, unseren Luftraum zu schützen. Finanziell dürfte dies Ersparnisse bringen und sich als Verteidigungswaffe viel effizienter erweisen.

Im Gebirge bringen Train-Pferde eine bessere Versorgung als Helikopter. Helikopter sind wetterabhängig und auf Treibstoff angewiesen, der sehr leicht infolge Zerstörung nicht mehr verfügbar sein könnte. Die Radfahrer waren äusserst beweglich, und leicht mit Nachschub zu versor-

gen. Mobile Bäckereien und Küchen sind nicht leicht auszuschaufen. Diese sogenannte Modernisierung ist einer Verteidigungsarmee wenig nützlich, – erst noch wenn sie zu exzessiv durchgeführt wird. Bei all diesen Fakten frage ich mich, wie denn eine Flugzeugbeschaffung vor sich geht? Wem nützt das politisch und wem füllt es die Taschen?

W. Greber, Acquarossa



**Kanton Aargau**

Regierungsratswahlen vom 30. November 2008

SD Aargau für klare Verhältnisse**Unterstützung für fünf volksnahe Kandidaten**

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat an seiner Sitzung in Wildegg beschlossen, Roland Brogli (CVP, bisher), **Luzi Stamm** und Alex Hürzeler (beide SVP, neu), René Bertschinger (Familiä-Partei FAP, neu) sowie Pierre Singer (FA+AG, neu) bei den am 30. November 2008 stattfindenden Regierungsratswahlen zu unterstützen. Nach Meinung der SD Aargau besitzen diese volksnahen Kandidaten ausnahmslos das nötige Rüstzeug, dem Kanton Aargau eine neue Identität und Bedeutung zu



verleihen und den bislang vernachlässigten Randregionen wirtschaftspolitische Impulse zu geben.

Diese schwierigen Aufgaben sind nur mit einer neuen Zusammensetzung des Regierungsrates und im Einklang mit der Bevölkerung zu erreichen.

Ausserdem werden sich die SD Aargau im Wahlkampf an vorderster Front für die Abwahl von RR Rainer Huber engagieren. Schliesslich haben wir dem Bildungsdirektor das grösste Debakel aller Zeiten in der Aargauer Bildungspolitik zu verdanken.

*Schweizer Demokraten SD,
Kantonalvorstand Aargau,
René Kunz, Präsident*

NEIN zum Abgabebzwang von biometrischen Daten**für alle neuen Schweizer Pässe und Identitätskarten!**

Gemäss dem Willen von Bundesrat und Parlament sollen ab 1. März 2010 alle Schweizer Pässe und alle Schweizer Identitätskarten zwingend mit biometrischen Daten (u. a. Fingerabdrücke) und einem RFID-Chip versehen werden. Zusätzlich sollen all diese Daten in einer zentralen Datenbank des Bundes gespeichert werden und ausländische Regierungen und private Unternehmungen sollen Zugriff auf diese persönlichen und vertraulichen Informationen der Schweizer Bürger erhalten!

Das überparteiliche Komitee gegen biometrische Pässe und Identitätskarten bittet daher alle Schweize-

rinnen und Schweizer um Mithilfe. Bitte helfen Sie im Interesse von allen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern und unseren Nachkommen mit, dass wir unsere persönlichen Freiheitsrechte nicht leichtfertig verlieren. Unterschreiben Sie dieses Referendum, damit die Stimmbürger an der Urne entscheiden können! Jede Stimme zählt! Es werden 50 000 gültige Unterschriften benötigt, die bis spätestens 2.10.2008 gesammelt und eingereicht werden müssen.

Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, eine Volksabstimmung über diese zentrale Frage zu ermöglichen, die Ihre eigene Zukunft und die Zukunft Ihrer Kinder direkt und in grosser Weise betrifft.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung! Werden Sie aktiv, helfen Sie beim Unterschriftensammeln und zeigen Sie, dass Ihnen Ihre persönliche Freiheit wichtig ist! Gemeinsam können wir die 50 000 Unterschriften schaffen!

*Überparteiliches Komitee
gegen biometrische Pässe und
Identitätskarten,
www.freiheitskampagne.ch*

**Schweizer Demokraten****www.schweizerdemokraten.ch****Cantone Ticinese****I Democratici Svizzeri in Ticino**

Ebbene si. Sta per nascere la sezione ticinese dei DS. Da alcuni mesi si sta lavorando a questo progetto. Diversi sono stati gli incontri con i vertici del partito. Il programma dei DS è stato tradotto ed adattato alla situazione ticinese. Gli statuti sono praticamente pronti. Tutto questo grazie alla collaborazione di alcuni amici. Persone che per motivi di lavoro e personali desiderano, per il momento, collaborare da dietro le quinte. Ora ho bisogno di Patrioti che intendano im-

pegnarsi in prima persona, entrando nel direttivo cantonale dei DS sez.ticino. Credo fermamente nella politica dei DS e se anche voi la pensate allo stesso modo fatevi avanti. Annunciatevi per far sentire la voce dei Democratici Svizzeri al sud delle alpi.

Per contattarmi:
Riccardo Valsangiacomo
cp 292
6834 Morbio Inferiore
076 595 21 53
ric.valsa@sunrise.ch

Einbürgerungen

*Bernadette
Reichmuth,
Goldau, alias
«die Stauffacherin»*

Die, die schon Jahrhunderte im Land leben, ja, die echten Eidgenossen eben, sollten nicht ausgemerzt werden. Die sogenannten 'kleinen Leute' in diesem Land, ja, die haben einen sehr schweren Stand, plötzlich hier im Vaterland.

Nun ist dies leider nicht gelungen, weiter gehts mit den Massen-Einbürgerungen, und die Schweizer Pässe werden noch und noch verschlungen! Wie von einem Riesen-Ungeheuer. Ist mir dies noch geheuer?

Was soll denn das?
Dies ist kein Spass!
Wo in der Welt sonst gibt's das?
Man kann zwar jemandem vieles einreden, aber ein Eidgenoss kann man nie werden!
Man bleibt im Herzen, was man ist, und dies hat nichts zu tun mit Rassist!

Bei Sportveranstaltungen sieht man es gut, für wen ihr Blut fliessen tut. Auf einmal fremdländische Flaggen schwenken, und nur noch an ihre eigenen Landsleute denken.

Aber man gibt ja ab den CH-Pass, fast ohne Bedenken!
Wohin wird das uns lenken?

Wir müssen vieles akzeptieren, was die Linken uns aufs Brot schmieren.
Manchmal tu' ich mich fast für so eine anti-eidgenössische Politik genieren.

All diese extremen Sachen, die, die Politiker heute machen, sind gar nicht mehr zum Lachen!

Ja, die Schweizermacher, gar nicht mehr ein Lacher!
In einigen Ländern dieser Welt, dies alles gar nicht geht, auch nicht für Geld!

Wie könnte man das endlich stoppen?
Das Land regiert von soviel Bekloppten.
Sie glauben, sie seien die guten Menschen von heute, da lacht die nicht einheimische Meute!

Was aber das Allergrösste ist, bei diesem riesengrossen Mist. Gleich zwei Pässe dürfen die haben, und wir können unsre Nationalität bald begraben!

Manch einer wurde eingebürgert, der jetzt als Krimineller weiter wütet.
Nun ist er hier mit seinem Gespann, dieser neue Schweizermann!

Und der Eidgenossen-Ruf wird langsam schlecht, das ist mir aber gar nicht recht!
Will man dies haben?
Ja, ich muss schon sagen...



A vaincre sans péril on triomphe sans gloire



Mary Meissner,
Vernier

Ce qui veut dire que Soljenitsyne, Alexandre, qui vient de mourir d'une crise cardiaque, fait partie de ces hommes et femmes qui se sont révoltés contre l'inique régime soviétique, de leur vivant, au péril de leur liberté, de leur vie et ce grand écrivain enfin reconnu dans le monde entier aujourd'hui, mérite les éloges et la gloire dont il bénéficie enfin. Si je rends hommage à cet écrivain qui fut mon contreporain et un homme de grande valeur, c'est parce que je vivais en Pologne occupée de 1947 à

1957, et qu'en mars 1953, mes amis et parents avons fêté discrètement sa libération. Par la suite, nous avons acheté tous ses livres et lu tous ses écrits, et moi, échappée de ma prison polonaise, je fis plus que soutenir ce héros, je voulus participer à cette lutte titanesque que menaient les esprits avides de liberté. En Suisse, la seule voie offerte à l'époque était l'Action Nationale, de James Schwarzenbach qui avait inclus dans son programme la lutte ouverte contre le communisme et par conséquent contre les nombreux réfugiés et travailleurs étrangers d'obédience socialiste portant aux nues Staline et son système marxiste – lors de mes interventions télévisées, et dans tous mes articles, je ne manquais pas une occasion de souligner les actions, les non-sens et les actions aberrantes des gens inféodés et

aveugles à tant de turpitudes, et je me suis faite traiter de nazie soutenant une Action Nationale, accusée de xénophobie. Nos diverses initiatives contre la surpopulation étrangère visaient en premier lieu l'arrivée massive d'ouvriers inféodés à Moscou.

Et puis, j'ai écrit ma trilogie incluant *l'Utopie Ecarlate*, *Opération Alexandre*, basée sur mon autobiographie, et aucun éditeur n'a voulu imprimer ce texte qui dénonçait les travers dangereux du régime rouge en Pologne, sauf Le Front littéraire de Paris. Après la signature du contrat, en 1981, Mitterrand fut élu président et sa première décision fut l'interdiction du Front Littéraire et des auteurs anti communistes sous contrat.

A Genève, les Editions de l'Aubier, dirigées par Martine Boimond, pu-

blièrent ma trilogie comprenant *Le Liban ne finit pas de mourir*, un pamphlet anti-OLP sous forme de polar.

Donc Soljenitsyne fait partie de cette grande famille d'êtres humains ayant souffert de diverses façons à cause du communisme-leninisme-marxiste, dont encore aujourd'hui des relents subsistent au fond des urnes roses, rouges, vertes L'Action Nationale devenue les Démocrates Suisses sont encore maintenant traités comme des rênégats par leurs pairs, et Christoph Blocher en a pâti lorsqu'il s'est attaqué aux réfugiés sans papiers et que l'UDC est sous l'œil soviétique pas mort.

Les louanges à Soljenitsyne sont-ils vraiment sincères ou bien y a-t-il une part d'hypocrisie se cachant dans les gravats du mur de Berlin?

Les jetons du pétrole

Eh! bien! oui, le prix de l'or noir continue de grimper, et le citoyen lambda de poser une question sans réponse: qu'est-ce qui pousse à la hausse cette denrée dont on prévoit la disparition prochaine?

Vous souvenez-vous de l'affaire Cornfeld dans les années 70? IOS avait alors façade sur rue et son jeu de l'avion promettait des millions à ceux qui jetaient sans scrupule sur le tapis vert, les jetons de départ. On sait comment cela se termina, tant allait la cruche à l'eau, qu'elle coula. Les créateurs de la Bourse mondiale se sont inspirés de ce montage savant aux odeurs mafieuses, pour embrigader les grandes industries et les petites PME, dans ce jeu international du tapis vert s'étalant aux quatre coins de la planète, et sur lequel les naïfs, et surtout les spéculateurs jettent des brassées d'actions, d'obligations, de billets verts et d'honneur expédié aux orties.

Voilà où le bât blesse aujourd'hui car les acheteurs sont pieds et poings liés devant cette flambée des prix du baril qui ne va pas s'arrêter. Si l'or noir diminue dans le Golfe et en Russie, de grandes



poches attendent le trépan en Arctique et il faudra de l'argent pour installer de nouvelles plateformes! On sent quand même un léger frémissement dans la conscience humaine et les amoureux des grosses voitures les remplacent lentement par de petites cylindrées, alors que des responsables de finances publiques essaient de changer les ampoules des verrières tout en diminuant la quantité de ceux-ci au bord de certaines routes. Il y aurait lieu d'éteindre les néons les plus boulimiques en énergie et renoncer à des sports nocturnes.

Chaque citoyen peut aussi contribuer à une économie intelligente et pas contraignante. Ne prendre qu'une douche par semaine, ne

boire que de l'eau du robinet filtrée ou pas, supprimer le poisson dans son assiette ainsi que les gros biftecks et certaines volailles y compris les autruches, ainsi que la chasse.

Ne manger que des légumes et fruits de saison cultivés dans les environs, refuser d'acheter toute viande provenant d'animaux transportés ignominieusement. Si vous êtes propriétaires, posez le solaire sur le toit, changez vos ampoules, éteignez les lumières et fermez les robinets au bon moment, changez les arbres et thuyas de provenance étrangère dans votre jardin, installez un petit étang pour les batraciens et insectes utiles et n'achetez pas des essences étrangères qui prennent la place de nos propres arbres. Surtout achetez des appareils peu gourmands en kilowatts et choisissez des lieux de vacances dans votre pays. Fermez le stand-by de vos appareils électroniques et privilégiez la marche, la nage et l'exercice physique.

Tout cela n'empêchera pas les spéculateurs avides de fric qui n'a même pas l'odeur du pétrole, de poursuivre avec frénésie le jeu du tapis vert où les jetons se transforment en argent facile sans valeur ajoutée ratissant aussi dans d'autres secteurs économiques.

Charlotte Morel

Le Pileri

Cul de sac

Est-ce que l'opinion de citoyens qui refusent l'hégémonie de Bruxelles peut influencer les déplacements roumains et bulgares ayant obtenu un passeport européen?

Il ne fait aucun doute que la Roumanie et la Bulgarie vont entrer dans l'UE haut la main, et l'initiative lancée en Suisse par un Comité interpartis, soutenu surtout par les jeunes du pays, ne changera pas la donne. Nos voisins se moquent éperdument du dumping salarial vu que des milliers de leurs ressortissants travaillent chez nous à meilleur compte que chez eux, l'abus des lois sociales ne les concerne en rien et ce problème est strictement helvétique. Donc que nous soyons d'accord ou pas d'accord avec ces directives, nous sommes coincés, ligotés et muselés. Que leur chaut nos états d'âme? Les Bulgares et les Roumains une fois dans l'Europe sans frontière, recevront le même passeport bleu aux étoiles d'or leur ouvrant toutes les portes.

Octopus

Bisbille à l'UDC concernant le référendum contre la libre circulation des personnes



C'est à Genève surtout que le refus de l'UDC à soutenir notre initiative contre la libre circulation des étrangers incluant le refus de l'entrée libre des Bulgares et des Roumains fait le beurre du parti MCG, très favorable à cette prise de position. On dit même que plus de 400 membres UDC auraient demandé d'entrer au MCG après cette décision qui ne convient pas aux citoyens suisses face aux naturalisés qui ne se sentent pas le moins du monde concernés par le danger de voir venir des Bulgares, Roumains, plombiers polonais et demandeurs africains arrivant par milliers à Lampedusa, localité italienne les filtrant pour les répartir dans toute la botte d'où ils s'échappent vers l'UE. De plus Genève doit avaler chaque jour plus de 50 000 frontaliers, plus de 50% venant de loin en voiture



grâce au passeport européen, et qui n'utilisent pas les grands parkings construits à grand frais exprès pour eux afin de moins polluer les rues de nos villages, car ils sont avant la frontière.

Ces migrants auxquels les entreprises genevoises et vaudoises versent de bons salaires sur papier comptaible, reçoivent en réalité beaucoup moins, d'où le dumping salarial constaté aussi ailleurs dans toute la Suisse. Les contrôles se

font au compte goutte juste pour fermer la bouche aux rouspéteurs qui ont le culot de lancer une initiative. L'UDC qui se retranche derrière le doublon de la libre circulation Schengen-Dublin avec l'entrée dans l'UE des Bulgares et des Roumains en une seule initiative agit encore une fois comme elle l'a fait pour l'art. muselière 261 bis lorsqu'au dernier moment, leur leader Blocher prôna la liberté de vote. Ce geste destabilisa les esprits comme aujourd'hui le refus de soutenir notre initiative et celle de la Lega. Espérons que le MCG récoltera assez de signatures pour contrebalancer les hésitants qui ne savent plus à quel saint se vouer. Une chose est claire: laisser la libre circulation augmente la masse salariale désireuse de venir en Europe, où les gouvernements ne pensant qu'à augmenter leur PIB,

ne se rendent pas compte que ces gens viennent pour l'espace vital, bétonnant nos prés et forêts, polluant notre air et nos sols, construisant des écoles et des maisons, des routes et des égouts pour eux-mêmes, avec l'argent de nos impôts. Sans parler des naturalisations qui augmentent, des agressions qui se multiplient, des mœurs et coutumes qui changent et souvent le métissage irréversible qui s'installe. Et naturellement cerise sur le gâteau, l'entrée dans l'UE boostée par cet apport d'apatrides sans racines helvètes. **Remplissez vite les listes de signatures et allez voter pour votre bien personnel national.** *Maria de Seimners*

Bourse que de crimes on comment en ton nom!

Le pétrole se raréfie, son prix ne cesse de grimper, et nul n'est capable d'expliquer les causes de ce subit accès de fièvre sur le marché des carburants. Ce n'est pas la première fois qu'il y a des secousses financières sur tel ou tel produit, surtout sur ceux qui n'ont aucune valeur ajoutée, mais dans le cas présent, il s'agit clairement de spéculation et de concurrence entre pays producteurs. Et ceci grâce aux Bourses, organismes sachant jeter de la poudre aux yeux à travers des supposées promesses de gain. Cela

ne vous rappelle-t-il pas Cornfeld le directeur d'IOS, qui plongea avec son jeu de l'avion dans les années 70? C'est lui qui a inventé le tapis vert du casino mondial où tous les coups sont permis pourvu qu'ils rapportent de l'argent aux plus malins.

Les industriels qui confient leurs actions aux Bourses tenues par des spéculateurs banquiers ou fiduciaires jouent au poker avec leurs ouvriers, leurs installations et leurs capitaux. Hayek lui a compris le système mafieux installé sur cette

planète par des requins sans scrupule et il a retiré ses billes du jeu mondial. L'UBS et les banques en déconfiture aux USA auraient dû procéder de façon identique. Subprimes, pétrole, Bourses, c'est tout dans le même panier de crabes. Le comble de sont les propositions faites par des partis pour renflouer les perdants en demandant à l'Etat de sauver la mise. Mais ces illuminés oublient que l'Etat c'est nous et surtout eux qui se croient imbus de la science infuse!

Mary Meissner

Mortelle erreur d'aiguillage

Nicolas Sarkozy, digne successeur de Louis XIV, s'est empressé dès son investiture, à changer l'aiguillage décidé par de Gaulle pour éviter d'envoyer de jeunes Français vers des champs de bataille dangereux aux ordres de l'OTAN.

Toutes les cérémonies et les médailles du monde, ne remplaceront pas ces vies perdues, ni ne sécheront les larmes des mères, femmes et sœurs n'ayant pas essayé de dissuader leur cher disparu d'entrer comme volontaire dans une armée aux ordres du nouveau roi de France.

Ce dernier utilise l'arme des mots et des belles phrases pour convaincre les futurs soldats de leur mission rédemptrice en Afghanistan,

pays sous surveillance et contrôle des pachtouns talibans, islamistes terrorisant tous ceux qui respectent les Droits de l'homme, tyrans totalitaires musulmans dévoués à Allah et appliquant les versets du coran déniaient la liberté pour les femmes de choisir leur conjoint, d'étudier ou d'exercer une profession. Liquider de tels ennemis inspirés par une religion nationaliste et spécifiquement masculine violente, n'est pas une sinécure, surtout pour de jeunes soldats convaincus de la nécessité d'une telle mission consistant à sauver un pays pratiquement irrécupérable. Si j'avais été un bleu français, j'aurais préféré devenir un déserteur ou même un mercenaire au

confin du monde, tant il est confirmé que de nos jours, les milliers de morts avant et après ces dix pauvres Français, sont et seront les martyrs, futures victimes offertes à Mammon. Je vous laisse le soin de deviner qui se cachent sous ce nom maudit depuis des siècles, commettant ces erreurs fatales se doublant d'énormes déficits militaires, de sang et de larmes.

L'horreur des excisions, des crimes d'honneur, du voile et des mariages forcés, les bombes vivantes et les attentats sanglants contre des civils innocents, ne suffit-elle pas à remplir les cimetières, les prisons et la ruine de tant d'êtres humains? Faut-il y ajouter des dizaines de soldats offerts en holocauste par des politiciens bien assis derrière leur bureau?

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

L'imbroglia des minarets

Il est temps de remettre non pas l'église, mais la mosquée au milieu du village. Il n'est pas question d'architecture, car à vrai dire il n'y a rien de plus élégant qu'un minaret pointant vers le ciel une fusée, cet engin volant contemporain probablement copié sur cette forme de prière collée au sol à qui on a soudé des moteurs si puissants que les gémissements, les imprécations et les cantiques humains, sont transportés vers un Dieu ou un Allah cosmique inconnu et invisible, sauf dans la tête des croyants. Les citoyens de ce pays qui se battent contre ce signe visible religieux ont raison de l'interdire, afin de sauvegarder la paix religieuse qui, une fois attaquée par la concrétisation de son omnipotence sous forme d'arme atomique, peut réveiller de sauvages haines chez les fanatiques allant jusqu'au terrorisme qui souvent ne dit pas son nom. Actuellement, nous accueillons en Suisse environ 300 000 ci-

toyens musulmans que nos autorités disent modérés, mais cette relative trêve ponctuée par des lettres d'imams et d'ulemas dans nos journaux qui défendent toutes les versets du Coran, ne présagent rien de bon à la moindre étincelle provocatrice comme par exemple les dessins du prophète heureusement pas signé d'un caricaturiste helvétique.

Il est donc inutile de rappeler les nombreux attentats liés à cette religion et nous sommes confiants dans notre constitution qui fait la part des choses en insistant sur les droits bien appliqués par des hôtes intégrés et conscients de la chance qu'ils ont de vivre ici.

Cette initiative doit donc être considérée non pas comme une provocation, mais comme le meilleur moyen de sauvegarder la paix des braves, notre identité, nos droits fondamentaux et une solidarité qui dure depuis 800 ans.

Mary Meissner

Le Pileri

L'école en point de mire

Les post-soixante-huitards arrivés aux commandes grâce à des partis de gauche, veulent chambarder nos écoles publiques en embrigadant dès l'âge de 3 ans, tous les enfants mal élevés par des parents irresponsables ou travaillant tous les deux pour subvenir à leurs besoins.

Le système communiste est toujours présent dans l'esprit d'édiles rêvant à ces petits soldats conditionnés par l'Etat qui seront manipulés dans une pensée unique, semblable aux utopies islamistes distillées dans les madrassas, écoles coraniques créées par des imams aux tendances totalitaires. En URSS pendant plus de 70 ans, les enfants du «komsomol» étaient prêts à travailler pour le KGB dont Poutine est issu, obtenant de bons postes officiels bien payés, des passeports leur permettant de voyager et des logements confortables.

Nos élus rouges et verts croient-ils pouvoir établir une société étatisée donnant aux plus obéissants, mais pas aux plus intelligents, des avantages les remerciant de leur servilité? Mais aussi les exonérant en cas de débordements, de sanctions neutralisées par un laxisme récurrent dans ce genre de système?

L'UDC ayant compris le véritable but de l'éducation dès l'âge de 3 ans va lancer une initiative demandant un renforcement de la discipline, du respect dû aux enseignants, de l'hygiène et de la politesse, d'une culture physique adéquate et l'apprentissage du bien manger, du contrôle de soi et surtout de la décence dans son comportement.

En somme, est-il normal de parler de l'Etat comme d'une entité sans visage brandissant des lois pourtant établies par des hommes qui sont les mêmes que votre voisin ou vos parents et connaissances! La démocratie donnant toutes les prérogatives à la majorité en général très intéressée à obtenir satisfaction, est un système mal ficelé permettant des apparetements ou autres magouilles acceptées religieusement par des citoyens désinformés.

Les propositions qui vont fuser de toutes part concernant les enfants en âge d'être scolarisés dès 3 ans, sont très importantes pour le bon fonctionnement de nos institutions futures, car le gangrène communiste n'est pas éradiquée et des Cohn Bendit, Lenine ou Brejnev sont parmi nous. Ouvrez l'œil et le bon.

L'AVS à nouveau dans le colimateur

De jouer en bourse avec à la clé 8 milliards de perte, il y a environ 15 ans n'a pas rendu les responsables de notre AVS plus attentifs au jeu dangereux du tapis vert mondial. L'AVS, c'est-à-dire nous, venons de perdre à nouveau 1,3 milliard en raison de la crise financière. Cela veut dire que les responsables ont continué à placer nos capitaux dans les subprimes et autres fonds spéculatifs ventilés à l'étranger, Marco Natzer, son président, a admis que c'était la première fois depuis cinq ans que l'AVS était dans les chiffres rouges. Cela nous fait une belle jambe, surtout si l'incompétence et la maladie du jeu, perdurent sans que les payeurs aient quoi que ce soit à dire. Ne serait-il pas normal de jouer cartes sur table au vu de TOUS avant de laisser placer notre argent par des flambeurs?

L'UE dilapide l'argent de ses membres

Quels sont les incapables qui dirigent sans mandat les affaires européennes? Ils siègent pompeusement dans l'hémicycle bruxellois, décidant de la courbure des concombres, du diamètre des fraises, des quotas de pêche attendus depuis longtemps par une pisciculture en perdition, etc, etc, mais aussi de la distribution des milliards encaissés mois après mois à des pays comme le Kosovo ou la Croatie. Pourquoi donc 27 délégués de pays occidentaux s'arrogent-ils le droit de voler dans la caisse commune ces énormes sommes d'argent pour les offrir aux pires mafieux gangrenant le monde? Sont-ils aveugles, sourds ou illétrés? Croient-ils que cette manne empêchera ces neodémocrates de ne plus produire des drogues et autres amphétamines? Pensent-ils que le trafic des femmes sera stoppé? Que des déchets toxiques seront dûment brûlés? Que des bandes de voleurs organisées et armées cesseront d'écumer les bijouteries ou les bureaux de poste européens? La Suisse essaie de se défendre du mieux qu'elle peut pour rester en dehors de cette organisation déficiente, mais les traites sont partout achetables comme pour la libération des otages en Colombie! Ils arrivent même comme il n'y a pas si longtemps à comploter pour jeter hors du Conseil fédéral le seul homme capable et décidé à nettoyer les écuries d'Augias, et continuer leur travail de sape en désinformant la population. *Octopus*

A Madame Doris Leuthard

Le pétrole plus dangereux que la bombe atomique

Nous assistons aujourd'hui, impuissants, à la montée vertigineuse du prix du pétrole et qui a le courage d'aller à la source de cette subite augmentation? Rappelez-vous seulement une simple phrase de Vladimir Poutine qui précisa lors de sa rencontre avec Georges W. Bush le 24 mai 2002 en Russie lorsque les deux présidents signèrent 67 accords dans le domaine du pétrole et du gaz: «*Qui peut peser sur la production, la circulation et les prix du pétrole, peut contrôler le pouvoir dans le monde.*» L'Occident devant ces accords machiavéliques devrait se réveiller, car la Russie emploie l'énergie comme arme pour assoier sa puissance et son contrôle financier au niveau international en lieu et place de l'idéologie qui ne fait plus recette.

Evidemment, le temps presse et rien ne laisse prévoir une quelconque amélioration, car un tsar aussi retors, milliardaire et kagébiste avéré, tel que Poutine qui a pu s'emparer des empires de plusieurs oligarques envoyés en Sibérie, en prison ou ad patres, ne s'arrêtera jamais car qui a bu, boira. Il a été assez malin pour jouer avec discrétion sa course au sommet, s'enrichir sous couvert de sociétés étatiques, et distribuer des prébendes farineuses à ses supporters,

amis et parents, il sera assez puissant pour obtenir à travers les oléoducs nouveaux vaisseaux sanguins du corps terrestre, le contrôle mondial grâce à des multinationales expansionnistes comme Gazprom.

Les scandales occidentaux ou américains se dénoncent par millions, les tragédies russes dues à la corruption étatisée s'expriment par milliards de dollars, et cette gangrène s'étend peu à peu en Azerbeïdjan, en Géorgie, en Turquie, depuis Bakou jusqu'à Berlin. L'Ukraine est fortement attaquée, et la prochaine victime sera le Kamtchka, au bord de la mer de Bering allant jusqu'en Alaska qui est en face, possédant aussi des réserves pétrolières, nouvelle épée de Damoclès suspendue sur l'environnement et la survie de notre planète.

L'URSS communiste, devenue la Russie capitaliste, profite du libéralisme pour continuer à exploiter et désinformer les masses à travers les médias que le Kremlin s'est approprié par la force, et on peut s'attendre à ce qu'elle livre son pétrole à la Chine ou au Japon pour contrer son ennemi héréditaire, les Etats-Unis. Nous ne sommes pas sortis de l'auberge, le climat entrant dans cette partie de poker d'un nouveau genre.

Mary Meissner, Vernier

Personenfreizügigkeit bedeutet tiefere Löhne

Bislang hatten doch die so genannt eher Minderqualifizierten mit den Einwanderungsschüben aus Süd- und Südosteuropa am Arbeitsplatz zu kämpfen. Doch mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bekommen plötzlich auch Angestellte aus dem Banken- und Versicherungsbereich, Ärzte, Zahnärzte und vor allem viele Kleingewerbler den Zuwanderungs-, Lohn- und Sozialdruck zu spüren. Noch dämpfen Kontingente, Übergangsfristen und die trotz

allem immer noch gute Wirtschaftssituation die negativen Auswirkungen des freien Personenverkehrs auf dem Arbeitsmarkt ab. Doch dies wird sich in den nächsten Jahren leider dramatisch ändern. Sollte sich die globale Wirtschaft abkühlen – die Zeichen stehen auf Sturm – und auch die Schweizer Wirtschaft in eine Rezession fallen, wird sich die Situation weiter verschärfen. Firmen werden sich noch weiter gezwungen sehen, Ausländer zu tieferen



Löhnen einzustellen, anstatt einen jungen Schweizer auszubilden oder einem über 50-jährigen Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu geben. Hand aufs Herz, liebe Gewerkschafter und Linkspolitiker: Freie Einwanderung führt schon jetzt zu Lohn-dumping und Sozialdruck. Aus ideologischen Gründen wollt Ihr dies nur immer noch nicht wahrhaben!

Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer, Bern

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten **SD**

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

SVP-Wähler verraten!

Im Herbst 2007 haben Hunderttausende von Schweizerinnen und Schweizern im Irrglauben, dass diese Partei gegen die Masseneinwanderung sei, die SVP gewählt. Nun hat die SVP und deren heimlicher «Chef» die Maske fallen lassen. Mit dem Verzicht auf ein Referendum gegen die Fortsetzung

und Ausweitung der EU-Personenfreizügigkeit nimmt sie in Kauf, dass künftig keinerlei Möglichkeit mehr besteht, die Einwanderung zu beschränken.

Das Referendum kommt aber trotzdem. Die Schweizer Demokraten (SD) als nationale, umweltbewusste und soziale Opposition

der Schweiz sind bereits aktiv am Unterschriftensammeln und werden nun ihre Anstrengungen noch verstärken.

Wer gegen Masseneinwanderung und Überbevölkerung ist und die damit einhergehende Verbetonierung der Schweiz nicht will, wird Schweizer Demokrat/-in.

Vor Rücksendung Unterschriftenbogen hier abtrennen

EU-Personenfreizügigkeit vors Volk!

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59 ff., dass der Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde				
Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Genaues Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						

Ablauf der Referendumsfrist: 2. Oktober 2008 (**Bogen bitte bis spätestens 25. September 2008 zurücksenden**)

Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Referendumskomitee eingeholt.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____

Datum: _____

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt rasch zurückzusenden an das Überparteiliche Komitee gegen die EU-Personenfreizügigkeit, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch